Donnerstag, 2. August 1923. **Einzelnummer 500 Mark.** 62. Jahrgang. **Nr. 172.**

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 17500.— in den Ausgabestellen 18000.— durch Zeitungsboten 18500.— am Postamt ..... 17500.— Postgebühren besonders ins Ausland 22500 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 600.— M. Reklameteil 2500.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 600.— p. M. „ Reklameteil 2500.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die preußische Polenpolitik.

Warum erscheint es Dir empörend, daß deutscher Besitz in Polen enteignet wird?

Weil es alles menschliche Fühlen verletzt! Weil es den Staatsverträgen zuwider ist!

Schon diese Antworten zeigen, daß Du ein Träumer bist. Die Welt urteilt nach anderen Maßstäben, nach Maßstäben, die von der internationalen Propaganda geschaffen worden sind und die man kennen muß, wenn man der Welt gewachsen sein will: wird irgendwo eine deutsche Minderheit vergewaltigt, werden Deutsche vertrieben, rechtlos gemacht, stets erscheint dann die Behauptung, daß alle solche Maßnahmen noch milde seien, verglichen mit der „Brutalität der preußischen Polenpolitik". „Die brutale Polenpolitik Preußens", das ist der politische Maßstab für alle Nationalitätenkämpfe. Damit werden Ausschreitungen gegen die Deutschen in Polen, die Rücksichtslosigkeiten der Italiener in Südtirol, die Härten der Tschechen in Reichenberg erklärt und entschuldigt. Sogar vor den internationalen Gerichtshöfen in Genf und im Haag ist das Schlagwort von der preußischen „Ausrottungspolitik" gang und gäbe. Jedem Engländer, jedem Amerikaner, jedem Japaner, jedem Holländer hat sich dieser politische Maßstab tief eingeprägt. Gewiß, es geht den deutschen Minderheiten schlecht. Aber ging es den polnischen Minderheiten in Deutschland nicht noch schlechter? Hatte doch Preußen drei mächtige Waffen gegen die Polen geschaffen: das Siedlungsgesetz von 1886, die Ansiedlungsnovelle von 1904 und das Enteignungsgesetz von 1908. Das sind die drei Gesetze, von deren Härte heute die polnischen Propagandisten sprechen, von denen heute die Welt redet.

Weiß die Welt aber, daß diese drei Gesetze niemals zur Wirkung gekommen sind?

Der Beweis ist leicht zu erbringen! Auf das erste der drei Gesetze, auf das Gesetz, durch welches die preußische Ansiedlungskommission geschaffen wurde, antworteten die Polen sofort mit der Gründung der Bank Ziemski, bekannt unter dem Namen der polnischen „Rettungsbank". Die Sammlung von Kapital für das Verteidigungsinstitut wurde eine nationale Angelegenheit der polnischen Gesellschaft; aber trotzdem zeigte sich bald, daß die Geldmittel der Bank nicht ausreichten, um der preußischen Ansiedlungskommission mit Erfolg entgegenzutreten. Schon in der Generalversammlung der Bank Ziemski vom 14. Juli 1888 kam eine verzweifelte Stimmung zum Durchbruch: Der Aufsichtsrat trat zurück, „weil man unmögliche Dinge nicht zu vollbringen vermag" (wörtlich aus dem Bericht des zurückgetretenen Aufsichtsrats). Die Männer aber, die trotzdem in der Leitung der Bank Ziemski ausharrten, brachten die Bank in wenigen Jahren an den Rand des Abgrundes.

Jedoch gerade im kritischen Augenblick kam den Polen eine unerwartete Hilfe: **Die polnische Ansiedelungsbank erhielt Kredit vom — preußischen Staat.**

Am 19. Januar wurde das sensationelle Schauspiel geboten. Der Direktor der Bank Ziemski hatte etwa hundert polnische Grundbesitzer im Hotel de Berlin in Posen versammelt. An ihrer Spitze der Rittergutsbesitzer Szuldrzynski, einer der bedeutendsten Führer der Polen im Kampfe um den Boden. Auf besondere Einladung erschien in dieser Versammlung mit Genehmigung der preußischen Regierung der preußische Spezialreferent für Rentengutskolonisation; Oberregierungsrat Andressen. **Durch seinen Mund erklärte sich die preußische Regierung bereit, den Polen bei der Schaffung von Siedelungen Kredit durch die staatlichen Rentenbanken zu gewähren, und zwar in der sehr günstigen Form von 3½prozentigen Rentenbriefen.**

Damit waren die polnischen Ansiedlungsbanken von der Gefahr befreit, an Kapitalmangel zugrunde zu gehen. — Wie wirkungsvoll die preußische Kredithilfe war, zeigte sich sofort im Kreise Thorn. Auf diesen Anfang folgten andere Erfolge. **Die polnische Rettungsbank ging also Hand in Hand mit der preußischen Regierung bei der Schaffung polnischer Ansiedelungen.** Vier Jahre währte diese gemeinsame Arbeit, und als dann das Band zerriß, waren die Polen über die Anfangsschwierigkeiten hinweg und hatten ihre Methoden so entwickelt, daß sie nunmehr der Ansiedlungskommission durchaus gewachsen waren.

Im Jahre 1904 erfolgte der zweite Schlag der preußischen Gesetzgebung gegen die Polen: die Ansiedelungsnovelle, welche der Regierung die Macht gab, jedem Polen, der sich ein Stückchen Land gekauft hatte, den Bau eines Wohnhauses zu verbieten. Damit war scheinbar den Polen jede Kraft im Kampf um den Boden genommen. Denn was nutzte ihnen der Ankauf von Land, wenn sich niemand darauf eine Hütte bauen durfte. Jedoch einige Monate späte spazierte die Bank Ziemski durch eine Lücke der Ansiedelungsnovelle, indem sie das Gut Kempa im Kreise Samter teils unter Benutzung alter Insthäuser aufteilte, teils an Adjazenten parzellierte. Und als der Regierungspräsident die Genehmigung versagte, weil das ganze Unternehmen nichts anderes sei als eine Umgehung des neuen Gesetzes, erhob ein kleiner polnischer Ackerwirt (unterstützt von der Bank Ziemski) Klage gegen den Regierungspräsidenten von Posen. Jetzt — so schrieben die polnischen Blätter — müsse es sich entscheiden, ob es noch Richter in Berlin gebe. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles sandte damals der Minister des Innern einen Kommissar in die mündliche Verhandlung, die am 5. Oktober 1905 vor dem Oberverwaltungsgericht in Berlin stattfand. Das preußische Gericht erkannte, daß es den Ausführungen des Regierungsvertreters nicht folgen können, sondern dem Auftrage des polnischen Ackerwirtes stattzugeben habe. Mit Hilfe dieser Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichtes haben die Polen dann die Beschränkungen des Ansiedelungsgesetzes tatsächlich illusorisch gemacht und sind von Erfolg zu Erfolg geschritten.

Schließlich aber holte der preußische Staat zum letzten Hieb aus, indem er im Jahre 1908 das Enteignungsgesetz erließ. In der ganzen Welt war man der Meinung, jetzt seien die Polen verloren, und von Tag zu Tag erwartete man den Beginn einer langen Reihe von Expropriationen. Jedoch das Jahr 1908 verging, ohne daß ein Gut versteigert wurde, das Jahr 1909 verging, das Jahr 1910, das Jahr 1911; die preußische Regierung machte von dem Gesetz keinen Gebrauch. Schließlich im Jahre 1912 wurden vier kleine polnische Güter im Gesamtumfange von 1652 Hektar enteignet und zwar gegen eine Entschädigung, die höher war als der sehr hohe Marktpreis, der für gleichartige Güter damals gezahlt wurde.

Nach dieser bescheidenen Demonstration hat keine Enteignung mehr stattgefunden. Den Polen hat jenes berüchtigte Gesetz also niemals wehe getan. Die Polen haben sich im Gegenteil unter dem Schutze des deutschen Rechts nicht nur behaupten, sondern auch entwickeln können. Sogar in den Jahrzehnten der schärfsten Polenpolitik (1896—1913) sind **nicht die Polen von den Deutschen, sondern umgekehrt die Deutschen von den Polen zurückgedrängt worden.**

Im Regierungsbezirk Posen verloren die Deutschen in jenen Jahrzehnten **21 000** Hektar, im Regierungsbezirk Bromberg **31 000** Hektar, im Regierungsbezirk Danzig **20 000** Hektar, im Regierungsbezirk Marienwerder **26 000** Hektar. Insgesamt gewannen also die Deutschen, obwohl in den beiden Provinzen die mächtige Ansiedelungskommission wirkte, nicht einen Fußbreit Boden, sondern **der deutsche Grundbesitz verringerte sich sogar um 98 000 Hektar.** Rechnet man hinzu die Erwerbungen der Polen in den Nachbarprovinzen, so ergibt sich ein deutscher Gesamtverlust von mehr als 120 000 Hektar.

Soviel gewannen die Polen in einer Zeit, in der sie angeblich verdrängt und vernichtet wurden! Zugleich faßten die Polen unter dem Schutze der preußischen Gerichte alle ihre wirtschaftlichen Kräfte zu einer Einheit und einer Macht zusammen, wie sie die Polen unter eigenen Gesetzen und im eigenen Staate niemals vorher erreicht haben.

Der deutsch-polnische Nationalitätenkampf war also keineswegs ein Vernichtungskampf gewesen, sondern hatte sich innerhalb der Grenzen von Recht und wirtschaftlicher Ordnung abgespielt. Die Polen in Preußen sind aus kümmerlichen verrotteten Verhältnissen zu einer bedeutenden wirtschaftlichen Höhe emporgewachsen. Der preußische Staat, der vor 150 Jahren einen Teil des zerfallenen polnischen Reiches übernahm, kann daher auf die Frage, wie er das von der Geschichte anvertraute Gut verwaltet hat, getrost Rede und Antwort stehen. Ob die Staaten die heute deutsche Minderheiten in ihren Grenzen haben, wohl ebenso vor der Weltgeschichte bestehen werden?

*

Die innerpolitische Krise in Deutschland.

Einberufung des Reichstags auf den 8. August.

In der innerpolitischen Krise ist eine rückläufige Bewegung eingetreten, an die aber kaum große Hoffnungen für den Weiterbestand des Kabinetts in seiner jetzigen Zusammensetzung geknüpft werden dürfen. Allerdings muß bei der Beurteilung der Lage die Feststellung gemacht werden, daß es sich bei den Angriffen auf die Regierung keineswegs um die Außenpolitik des Kabinetts Cuno handelt. Wie heute wieder aus den Besprechungen der Presse ersichtlich ist, stehen sämtliche Parteien in der augenblicklich wichtigsten außenpolitischen Frage, der des **passiven Widerstandes, geschlossen hinter der Regierung.**

Wie die Krise aus der innerpolitischen Krise, dem endgültigen Zusammenbruch der Mark und der damit zusammenhängenden Wirtschaftskatastrophe entstanden ist, so richten sich die Angriffe auch nur gegen die völlige Passivität, mit der die Regierung die heutigen Zustände über sich kommen ließ. So ist denn heute das neue Moment zu verzeichnen, daß ein großer Teil der Presse, voran die „Vossische Zeitung" und das „Berliner Tageblatt", ihre Angriffe gegen das Kabinett auf den Reichsfinanzminister Hermes und den Reichswirtschaftsminister Becker spezialisieren. Die Blätter erklären, daß **in Cuno vor allem der Mann der Außenpolitik zu sehen sei, mit der das deutsche Volk in seiner Gesamtheit einverstanden ist,** daß aber unbedingt das Finanz- und Wirtschaftsministerium neu zu besetzen seien, und auch dem Reichsbankpräsidenten Havenstein der Rücktritt nahezulegen sei.

Die Kundgebung, in der die wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen aufgeführt wurden, mit denen die Regierung dem wirtschaftlichen Debakel zu begegnen gedenkt, hat keineswegs die Beruhigung gebracht, die die Regierung damit bezweckte. Wenn auch der Sonntag angesichts der scharfen Polizeimaßnahmen ruhig verlaufen ist, so sieht man doch der weiteren kommunistischen Propaganda mit großer Besorgnis entgegen. Ausschlaggebend ist hier die Lebensmittelversorgung, und zwar wird ein wichtiges Nahrungsmittel, die Kartoffel, jetzt mit der neuen Ernte zur Stelle gebracht werden können, aber die ebenso wichtige Fettversorgung hängt von dem Stande der deutschen Mark ab. Heute hat der Dollar auch an der Berliner Börse die Millionengrenze überschritten. Er notierte 1 100 000.

Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Moment ist die Tatsache, daß die Kommunisten, wie schon seit Beginn der Ruhrbesetzung, nun mit verstärkten Kräften den nationalen Faktor in ihre Propaganda aufgenommen haben, sogar einige antisemitische Anschauungen entwickeln. Damit gewinnen sie offensichtlich Einfluß auch auf Kreise bis zu den nationalistischen Elementen, die ihnen sonst unerreichbar geblieben wären.

Inzwischen geht die Diskussion über die Frage der großen Koalition von den Volksparteilern bis zu den Sozialdemokraten weiter. Die Entscheidung liegt hier bei den Sozialdemokraten. In ihrer Fraktionssitzung vom Mittwoch hat die Partei ein Wirtschaftsprogramm entwickelt, in dessen Mittelpunkt die alte sozialdemokratische Forderung nach Sachwertbesteuerungen steht und das in ultimativer Form der Regierung überreicht werden soll. Auf dem linken Flügel der Partei wurde die Meinung vertreten, daß es verfrüht wäre, dem Kabinett Cuno bereits jetzt die Zügel aus der Hand zu nehmen, daß man vielmehr den nahen Zeitpunkt abwarten möge, bis die Politik des Kabinetts vollständig Fiasko erlitten habe.

Reichstagspräsident Loebe hat den Reichstag auf Mittwoch, den 8. August zusammenberufen. Bis dahin sind also alle Entscheidungen vertagt.

Cuno und Hermes werden am 8. August reden.

In der am Mittwoch, dem 8. August, stattfindenden Sitzung des Reichstages werden zunächst Reichskanzler Dr. Cuno über die allgemeine Lage und alsdann Reichsfinanzminister Dr. Hermes über die finanzielle Lage Erklärungen abgeben. Daran dürfte sich alsdann eine Aussprache über die allgemeinen und die finanziellen Verhältnisse anschließen.

Besprechung der Regierung mit den Gewerkschaften.

Bei einer Besprechung des Reichskanzlers mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Beamten erörterte der Reichskanzler die Möglichkeiten der wertbeständigen Anleihe, die Anpassung der Reichseinnahmen an die wachsende Geldentwertung und die schwierige Ernährungslage. Die Vertreter der Gewerkschaften empfahlen Maßnahmen, durch die auf Grund bestehender und neuer Gesetze stabile finanzielle Verhältnisse und die Grundlagen für eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse geschaffen werden sollen. Der Reichswirtschaftsminister, der Reichsernährungsminister, der Vertreter des Reichsfinanzministers sowie der Reichsbankpräsident beteiligten sich an der ins einzelne gehenden Erörterung. Der Reichskanzler dankte für die Anregungen und schloß mit dem Wunsche, daß die Gewerkschaften auch weiterhin mit der Reichsregierung enge Fühlung halten möchten.

Deutschland entsendet einen Vertreter nach dem Haag.

Der internationale Gerichtshof im Haag hat von Deutschland Informationen in der Frage der deutschen Ansiedler in Polen verlangt, die bei den am 2. August stattfindenden Verhandlungen benutzt werden sollen. Um diese Informationen persönlich zu erteilen, ist der frühere Justizminister Schiffer nach dem Haag abgereist.

Eine neue Gruppe von Liquidationsgütern.

Dieser Tage erschien im „Monitor Polski" eine Aufforderung zur Einreichung von Anträgen betreffend Güter und Ansiedlungen der neuen Gruppe liquidationsfähiger Güter. Die neue Gruppe umfaßt ca. 100 Rentenansiedlungen in der Wojewodschaft Posen und einige größere Güter wie Rogowo, Kreis Gostyn, Kawęczyn, Kreis Inowrocław, Sarnowo, Kreis Rawitsch, Kamieniec, Kreis Schmiegel. Der Termin für Einreichung von Anträgen läuft mit dem Monat August ab. Die Verteilung der Güter entfällt auf den September, so daß im Oktober die neuen Käufer ihren Besitz antreten können.

Die Liquidation deutscher Ansiedler

wird neuerdings auch in den Kreisen der Wojewodschaft Posen in 94 Fällen durchgeführt. Innerhalb vier Wochen nach der Zustellung haben die liquidierten Ansiedler dem Liquidationsamt ihre Liquidationsforderungen mitzuteilen, sofern sie nicht ihrer Ansprüche verlustig gehen wollen. Die Formalitäten, die der Liquidation vorausgehen, müssen genau befolgt werden. Auch empfiehlt es sich, die zur Liquidation kommenden Wirtschaften durch einen vereidigten Taxator abschätzen zu lassen. In Pommerellen wurde die Liquidation (in den Kreisen Konitz, Zempelburg und Tuchel) bei 48 Ansiedlern durchgeführt. Die Nachfolger werden als Zwangsverwalter eingesetzt, und die Ansiedler wandern ab, sobald die Auszahlung erfolgt ist. Der Ansiedler und Vorsitzende des Ansiedlerbundes Landgraf ist mit dem Liquidationsamt in direkte Verhandlungen getreten und hat zugunsten der von ihm vertretenen Ansiedler verschiedene Zusicherungen bezüglich der Abwanderung erhalten. In gewissem Umfange wird danach die Mitnahme von Lebensmitteln gestattet sein; selbstverständlich sind auch Möbel und Küchengeräte freigegeben. Die liquidierten Ansiedler Pommerellens haben sich zur Erlangung und Zusicherung einer künftigen Existenz zusammengeschlossen und wollen in Berlin in Verbindung mit dem bereits bestehenden „Ansiedler-Siedlungsbund" unter dem Namen: „Liquidanten-Verband ostmärkischer Flüchtlinge" ein Bureau eröffnen.

Republik Polen.

Personalveränderungen im Außenamt.

Wie „Robotnik" heute mitteilt, sollen im Außenamt weitgehende Aenderungen beabsichtigt werden. Die Vertreter in Wien, Reval und Moskau sollen gewechselt werden. Der Wiener Gesandte Lakowski soll die Vizeministerstelle antreten. Vizeminister Strasburger soll als Chef der polnischen Delegation nach Dresden kommen. Auch sehe man eine eventuelle Aenderung in der Stelle des polnischen Departementsdirektors vor.

Deutsch-polnischer Vertrag über oberschlesische Grenzfragen.

In Beuthen ist ein deutsch-polnischer Vertrag über die Anwendung der Vorschriften der Genfer Konvention betreffs der „speziellen" Grenzzone und in Sachen der Grenzübergangsbahnhöfe in Oberschlesien unterzeichnet worden.

Erregung über die Jaworzynafrage.

Die Erklärung des Außenministers Seyda vor der Sejmkommission für Auswärtiges, daß der Botschafterrat die Jaworzyna-Frage, diesen polnisch-tschechischen Zankapfel, zur Entscheidung dem Völkerbunde übergeben habe, rief in der Kommission äußerste Erregung hervor. Von sozialistischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß namentlich die bevorstehende Aufnahme der Tschechoslowakei in den Völkerbundsrat die Entscheidung der genannten Frage zu Ungunsten Polens herbeiführen dürfte. Der Sejm müsse gegen die Verschleppung ernstlich protestieren und zu diesem Behufe die Jaworzyna-Frage im Komplex behandeln. Die Kommission beschloß dementsprechend diese Frage auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung zu setzen, wo bei dieser Gelegenheit wahrscheinlich der gesamte Komplex der polnisch-tschechischen politischen Unstimmigkeiten aufgerollt werden dürfte.

Besuch rumänischer Abgeordneter.

Das Pressepropagandabureau des Außenministeriums hat der Leitung der Lemberger Ostmesse mitgeteilt, daß am 15. August 9 Uhr vormittags eine Gruppe von rumänischen Parlamentariern in Lemberg eintrifft. Der Besuch der rumänischen Abgeordneten gewinnt umso größere Bedeutung, als sich diese Gruppe mit einer Gruppe von polnischen Sejmabgeordneten nach Kopenhagen zur interparlamentarischen Konferenz begibt. Die Gäste werden sich in Lemberg einen Tag aufhalten.

Amtsantritt des Agrarministers.

Minister Ostecki hat seine Amtsgeschäfte im Agrarreformministerium übernommen. Direktor Czałbowski vom Hauptlandamt stellte dem Minister die höheren Beamten vor, worauf der Minister die Amtsräume des Ministeriums besichtigte und sein Amt antrat.

Neue Gebühren für Auslandspässe.

Auf Grund einer Verordnung des Innenministeriums betragen die neuen Gebühren für Auslandspässe **500 000 Mark** für einen gewöhnlichen und **1 000 000 Mk.** für einen Dauerpaß.

Erhöhung der Zeitungspreise in Warschau.

Mit Gültigkeit vom 1. August sind die Preise für Warschauer Zeitungen um 2000 Mark erhöht worden.

Erkrankung des Lemberger Metropoliten.

Aus Wien kommt die Nachricht, daß der Gesundheitszustand des dort weilenden Metropoliten Szeptycki bedenklich sein soll.

Kompetenzerweiterung der Kreisgerichte.

In der Sonnabendsitzung der Sejmkommission für Rechtsfragen wurde der Gesetzentwurf über die Abänderung der Gerichtskompetenzen geprüft. Es wurde beschlossen, in allen Teilgebieten Polens die Kompetenz der Friedens- und Kreisgerichte bis zum Objektswert von 5 Millionen Mark zu erweitern. Auch die in den Straf- und Verwaltungsvorschriften vorgesehenen Geldstrafen wurden erhöht.

Korfanty hetzt in Kopenhagen gegen Deutschland.

General Castelnau und Korfanty haben, wie die „D. Allg. Ztg." meldet, in Kopenhagen Vorträge gehalten. Ersterer sprach über die Notwendigkeit der französischen Ruhraktion im Interesse Europa, der Pole über die deutschen Greuel in Oberschlesien. Der politische Agitationszweck dieser Veranstaltungen ist zu durchsichtig, als daß wir zu glauben vermöchten, daß ein gesunder politischer Verstand sich durch diese propagandistischen Vorlesungen beeinflussen läßt. Immerhin sind diese Reden ein neuer Beweis dafür, daß Bestrebungen im Gange sind, Deutschlands nördlichen Nachbarn in die Ziele der „Einkreisungspolitik" zu verflechten.

Rede des deutschen Abgeordneten Utta im Sejm.

Zur Begründung des Dringlichkeitsantrages der Deutschen Fraktion um unverzügliche Einbringung eines Gesetzentwurfes über die Minderheitsschulen in Polen hielt der Abgeordnete Utta im Sejm folgende Rede:

Hohes Haus! Ich ergreife das Wort zur Begründung des Antrages nicht um einer Demonstration oder eines anderen Zieles willen, sondern um die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auf den trostlosen Zustand zu lenken, in welchem sich unser deutsches Schulwesen befindet, und um zu gleicher Zeit auf die Folgen aufmerksam zu machen, die die weitere Duldung dieser Zustände nach sich ziehen muß. Vorweg darf ich bemerken, daß die gestrige Behauptung des Unterrichtsministers Głąbiński, wir sträubten uns gegen den Unterricht der polnischen Sprache in unseren Schulen, vollständig unbegründet ist. Herr Minister, woher diese Behauptung? Wer hat etwas ähnliches verlangt, und wann sollte das geschehen sein? Ganz im Gegenteil, wenn Sie uns den Unterricht in polnischer Sprache als Lehrgegenstand verwehren wollten, so würden wir uns damit niemals einverstanden erklären. Bis zu diesem Augenblick haben wir uns hier in diesem Hohen Hause äußerste Reserve auferlegt, weil wir überzeugt waren, daß die Zentralbehörden auf dem Boden der Rechtsordnung, der Verfassung und der internationalen Verträge stehen. So haben sich die Mitglieder unserer Fraktion darauf beschränkt, wie schon im Gesetzgebenden Sejm, so auch gegenwärtig, die Regierung nur durch Interventionen, Interpellationen und durch Übermittlung der Beschwerden der Bevölkerung auf die bestehende Rechtlosigkeit und Willkür und auf die Methoden zur Ertötung des deutschen Schulwesens in Polen aufmerksam zu machen, welche die Ortsbehörden in allen Teilgebieten Polens zur Anwendung bringen. Schon seit vier Jahren fordern wir erfolglos eine einheitliche Regelung unseres Schulwesens durch Gesetz. Leider haben wir erkennen müssen, daß auch die Zentralbehörden keine Neigung zeigen, diesen unseren selbstverständlichen Wunsch zu berücksichtigen, ein Wunsch, der sich doch nur auf die Verfassung und auf die Verpflichtungen stützt, die der polnische Staat in feierlichen Verträgen auf sich genommen hat. Die Regierung berücksichtigt nicht einmal die einschlägigen Beschlüsse der Sejmkommission. Bis heute ist das schon vor Monaten von der Sejmkommission geforderte Gesetzprojekt über die Minderheitsschulen nicht vorgelegt. Mit Erstaunen hörten wir gestern die Erklärungen des Herrn Ministers Głąbiński, daß er zwar im Ministerium den fertigen Gesetzentwurf vorgefunden habe, daß er es aber nicht für angebracht gehalten hätte, das Projekt vorzulegen, weil noch kein Gesetz für die Schulen der Mehrheit bestehe.

Aber Herr Minister, bitte, nehmen Sie doch das Gesetz Ihres Ressorts vom 19. April 1922 zur Hand. Gleich auf der zweiten Seite werden Sie ausführliche Bestimmungen über die Gründung und Erhaltung der öffentlichen Schulen finden. In Art. 18 dieses Gesetzes aber ist ausdrücklich gesagt, die Gründung und Erhaltung der öffentlichen Volksschulen für die völkischen und religiösen Minderheiten der Republik wird ein besonderes Gesetz regeln. Also in Verfolg der für die Bevölkerungsmehrheit geschaffenen Bestimmungen soll das Gesetz über die Minderheitsschulen als unbedingt notwendiges Korrelat folgen. Gerade deshalb, weil dieses Gesetz fehlt, haben die Aufsichtsräte und Schulräte bei der Schaffung des Schulnetzes die deutschen Schulen zu Unrecht mit hineingezogen. So ist es zu Meinungsverschiedenheiten, Streitigkeiten und Reibungen mit sehr unangenehmen Folgen gekommen. Damit muß ein Ende gemacht werden, und das noch immer ausstehende Gesetzesprojekt muß baldigst vorgelegt und durchberaten werden. Wenn Sie, meine Herren, das nicht tun, so werden Sie Ihre Passivität durch keine Ausreden beschönigen können. Jeder vernünftig denkende Mensch wird aus Ihrem Verhalten den Schluß ziehen, **daß Sie, meine Herren, noch vor Schaffung des Minderheitenschulgesetzes unsere Schule vollständig zertrümmern wollen.**

Dieser Gedanke drängt sich um so mehr auf, wenn man sieht, daß die Regierung unsere Beschwerden über die Tätigkeit der Schulbehörden in der Provinz schon seit längerer Zeit unbeantwortet läßt oder daß sie ihre Antworten auf irreführende, mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmende Angaben eben dieser Behörden stützt, gegen deren Tätigkeit sich die Beschwerden richten. Die höheren Beamten interpretieren die bestehenden Vorschriften in einer mit ihrem Geist und Sinn nicht übereinstimmenden Weise. In der letzten Zeit hat der Kampf gegen unsere Schule nie dagewesene Formen angenommen. Einem unserer Abgeordneten, der bei einem höheren, in verantwortlicher, leitender Stellung stehenden Beamten dafür eintrat, einen deutschen Lehrer auf seinem Posten zu belassen, wurde geantwortet: **„Für mich ist es ganz gleichgültig, ob die deutschen Kinder Unterricht erhalten oder nicht."** Und die einzelnen Schulinspektoren erklären offen, daß für sie keine Vorschriften über die deutschen Schulen existieren.

Meine Zeit ist zu sehr beschränkt, daß ich dem Hohen Hause weitere Fakta oder auch nur charakteristische Einzelheiten aus den uns täglich dutzendweise zugehenden Beschwerden mitteilen könnte. In der Kommission werde ich gern mit reichlichem Material dienen. Willkürakte und Schikanen, Terror und ein unzulässiger Druck auf die Lehrerschaft, Versetzungen der Lehrer und Entlassungen ohne vorhergegangenes Disziplinarverfahren werden dem einen Ziele dienstbar gemacht, **die deutsche Unterrichtssprache aus den Schulen zu verbannen.** Entgegen Art. 18 des vorerwähnten Gesetzes werden ganze Schuleinheiten mit deutscher Unterrichtssprache unter die einzelnen Abteilungen einer vielklassigen polnischen Schule zerstreut. Entgegen den bestehenden Verordnungen der polnischen Behörden wird auf Grund irgend einer alten Entscheidung des russischen Senats den deutschen Schulen das vor Jahrzehnten und vor Jahrhunderten erworbene und durch all die Zeit benutzte und erhaltene Eigentum fortgenommen.

Im ehemals preußischen Teilgebiet wird in dieser für die deutsche Minderheit ohnehin so schwierigen Übergangszeit Schulleitern und Lehrern die polnische Staatsangehörigkeit abgesprochen und Gesuche um Verleihung des Staatsbürgerrechts werden auch dann abgelehnt, wenn die Petenten schon ein Jahrzehnt an ihren Schulen arbeiten. Den deutsch-evangelischen Geistlichen wird, obwohl sie eine abgeschlossene höhere Lehrausbildung besitzen und obwohl sie nach Beendigung ihrer pädagogischen Studien das Recht zur Schulaufsicht erworben hatten, das Recht zur Leitung von Privatschulen abgesprochen, während Geistlichen polnischer Nationalität mit weit mangelhafterer Fachausbildung die Schulleitung gestattet wird. Den deutschen Privatschulen werden unerhörte Schwierigkeiten bei Anerkennung der Abgangsprüfung gemacht. In Oberschlesien wenden die ehem. Aufständischen Terror und Gewaltakte allen denen gegenüber an, die sich für die deutschen Schulen aussprechen. Ein derartiger Zustand erzeugt unter den Staatsbürgern deutscher Nationalität größte Erbitterung und **berechtigte Zweifel an der Rechtsordnung des polnischen Staates.** Die zur Vernichtung des deutschen Schulwesens angewandten Methoden wirken aufreizend und können in keiner Weise zum friedlichen Zusammenleben der Nationalitäten beitragen. Es kann nicht im Interesse des Staates liegen, in einer Zeit schwieriger ökonomischer und politischer Verhältnisse die nationalen Minderheiten, die mehr als ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, zur Unzufriedenheit, Verbitterung und zum Kampfe zu reizen, während doch alle Kräfte zu schöpferischer Arbeit zum Wohle des Ganzen gesammelt werden sollten.

Um ein friedliches Zusammenleben zu ermöglichen, um die Leidenschaften nicht zu schüren, um die ruhige Entwicklung des Schulwesens sowohl für die Mehrheit als auch für die Minderheit der Staatsbürger zu garantieren, bitte ich um Unterstützung unseres Dringlichkeitsantrages, welcher eine sofortige Regelung der Verhältnisse in der Schulgesetzgebung erstrebt, und der die sofortige Einstellung aller gegen unsere Schulen gerichteten Maßnahmen fordert.

Ich bitte durch die Tat zu beweisen, daß das, was der Herr Minister zugesichert hat, auf Wahrheit beruht, d. h. daß die Herren gegen uns keine Politik des Chauvinismus führen wollen und daß sie willens sind, die übernommenen Pflichten zu erfüllen.

Bekanntlich wurde die Dringlichkeit des Antrages gegen die Stimmen der völkischen Minderheiten abgelehnt. Die Unterrichtskommission ist also nicht gehalten, den Antrag als dringlichen vor allen übrigen durchzuberaten.

Aus der polnischen Presse.

„Kurjer Polski" für Heraustreten aus der Neutralität

Am Sonnabend brachte der Warschauer „Kurjer Polski" einen Artikel über die Stellung Polens zu der jetzt akut gewordenen „deutschen Frage" zum Abdruck, der lebhaftes Aufsehen erregen muß, weil er für den Fall des Versagens der englischen Rettungsaktion ein Heraustreten Polens aus seiner bisherigen Neutralität fordert. Es heißt darin wörtlich:

„Die polnische Regierung hat sehr gewichtige Gründe, um mit lebhafter Aufmerksamkeit die Entwicklung der Reparationsfrage und aller Ereignisse in Deutschland, die zu ihr in Beziehung stehen, zu verfolgen. Die Möglichkeit der Erfolglosigkeit des Eingreifens Großbritanniens und des „Triumphes" eines direkten Einvernehmens zwischen Frankreich und Deutschland eröffnet der polnischen Politik neue Horizonte und stellt sie der Lösung verschiedener Probleme gegenüber. In diesem Falle würde die Formel, die Herr Seyda einem Berichterstatter der „Neuen Züricher Zeitung" diktiert hat und die dahin lautet, „daß Polen die Ereignisse im Ruhrgebiet mit lebhaftem Interesse verfolge", offensichtlich nicht mehr genügen. Im gegebenen Falle darf Polen kein neutraler Zuschauer bleiben; es muß vielmehr angesichts dieser veränderten Situation ein markanter Faktor in der internationalen Politik werden. Vor allem ist einleuchtend, daß die Kursänderung unserer Westpolitik, die im Verfolg eines deutsch-französischen Übereinkommens angenommen würde, nicht im Bereich der Theorie bleiben dürfte, sondern dem Staat beachtliche Vorteile verschaffen kann."

Die Konferenz in Sinaja.

In Kreisen der Großen Entente wird davon gesprochen, daß die Montags-Beratungen der Konferenz von Sinaja zu einer Erklärung der Kleinen Entente in der Reparationsfrage für den französischen Standpunkt führten. Weiter wird mitgeteilt, daß außer der ungarischen Frage und der ungarischen Anleihe vor allem dem gegenwärtigen Zustand in Deutschland ein besonderes Augenmerk geschenkt wurde.

Piltzens rätselhafte Reise.

Da über die Reise des Gesandten Piltz nach Sinaja von polnischer Seite nichts weiter bekannt gegeben wurde, als daß Piltz nach Bukarest gereist sei, helfen sich die Warschauer Blätter mit den Meldungen der deutschen Presse über die Tätigkeit des Gesandten aus. Die „Rzeczpospolita" berichtet, daß der Korrespondent der „Vossischen Zeitung" mit Piltz in Sinaja eine Unterredung hatte. Der polnische Delegierte erklärte, daß die Verhandlungen in keinem Zusammenhang mit der Konferenz der Kleinen Entente ständen. Privat erfährt derselbe Korrespondent, daß der Gesandte Piltz in einigen Angelegenheiten, die vor den Völkerbund kommen sollen, nach Bukarest gereist sei. Die „Rzeczpospolita" gibt auch ein Telegramm des „Berliner Tageblatts" wieder, wonach der Gesandte Piltz doch die Absicht habe, zwischen Polen und der Tschechoslowakei ein Einvernehmen herzustellen.

Soll Piltz durchs Schlüsselloch sehen?

Auf eine Anfrage des Abg. Dąbski in der Außenkommission des Sejm, warum der polnische Gesandte in Prag, Herr Piltz, eigentlich nach Sinaja entsandt worden sei, obwohl Polen doch keine Einladung für die Konferenz der Kleinen Entente bekommen habe, antwortete der Außenminister, Gesandter Piltz habe sogar schriftlich den Auftrag bekommen, **sich weder direkt noch indirekt an der Konferenz zu beteiligen.** — Dazu bemerkt der „Robotnik": „Eine gar geheimnisvolle Rolle wurde Herrn Piltz zugewiesen, denn er mußte zur Konferenz fahren und darf daran nicht einmal indirekt teilnehmen. Offensichtlich wird er die Verhandlungen durch das Schlüsselloch des Vorzimmers zu verfolgen haben."

Die Meinung des Herrn Stroński.

Herr Stroński, der eifrigste und geschickteste außenpolitische Publizist der Rechtsparteien, kennzeichnet im Sonntags-Leitartikel der „Rzeczpospolita" die Tätigkeit, die unsere Beobachter Piltz und Kozmiński in Sinaja entfalten sollen und kommt dabei zu folgenden Feststellungen:

„Hundertmal wurde der Eintritt Polens in die Kleine Entente bekannt gegeben. Die Frage, warum er nun doch nicht stattfindet, kann nunmehr auf die einfachste und entschiedenste Weise beantwortet werden. **Polen hat in jenem Verband weder den richtigen Platz noch die richtige Grundlage.** Die Basis der Kleinen Entente besteht in der gemeinsamen Verteidigung ihrer Rechte gegenüber Ungarn und Bulgarien: dieser Programmpunkt bildet die ganze (?) Existenzberechtigung dieses Verbandes. Selbstverständlich ist für Polen auf dieser engen Basis kein Platz. Im März 1921 wurde, anläßlich der Verhandlungen über den polnisch-rumänischen Vertrag mit Leichtigkeit die gemeinsame Linie — jene der gegenseitigen Verteidigung im Falle eines Angriffes — der Politik beider Staaten festgesetzt. Im Vertrag, den man im November 1921 mit der Tschechoslowakei abschließen wollte, stieß man aber bei diesem Punkt auf Meinungsverschiedenheiten. Nicht nur das Verhältnis im Falle eines russischen Angriffes, sondern sogar auch jenes im Falle einer deutschen Attacke war sehr schwierig zu umgrenzen. Die Verhandlungen ergaben schließlich keine Versicherung gegenseitiger Hilfe, sondern nur die Zusage einer entgegenkommenden Neutralität. Ein Defensivbündnis zwischen Polen und Jugoslawien wäre noch schwieriger zu fassen. Mit einem Wort, die Grundlage, die die Verträge von Neuilly und Trianon bilden, ermöglichen keineswegs die Teilnahme Polens am Bündnis. Einstweilen besagt die Bezeichnung „Kleine Entente" mehr als in Wirklichkeit dahintersteckt. Politisch genommen heißt es soviel wie „Die zu kleine Entente"."

Prag und Belgrad wollen es nicht mit Rußland verderben.

Vor einigen Tagen wurde bereits mitgeteilt, daß man in Prag wie in Belgrad wenig geneigt ist, Polen in die Reihen der Kleinen Entente aufzunehmen, da man befürchtet, dadurch unter Umständen in Verwickelungen mit Rußland hineingezogen zu werden, was der tschechischen wie auch der jugoslawischen Politik direkt entgegenlaufen würde.

Die letzte Sitzung.

In der letzten Sitzung der Konferenz von Sinaja wurde der Gewährung einer Anleihe an Ungarn endgültig zugestimmt. Bei den Verhandlungen wurde betont, daß die Kleine Entente sich niemals wirtschaftlichen Erleichterungen für Ungarn und dessen Wiederaufbau widersetzt habe. Die Entschädigungskommission wird von den Bedingungen der Gewährung der Anleihe in Kenntnis gesetzt werden. Es soll eine strenge Kontrolle eingeführt werden, um zu verhindern, daß die Anleihe für Rüstungs- oder Propagandazwecke verwendet wird. Die Kontrollmittel von seiten der Kleinen Entente werden genau formuliert werden, werden jedoch einstweilen geheim gehalten. In der letzten Sitzung der Konferenz wurde auch die allgemeine Politik der Kleinen Entente, besonders gegenüber Deutschland besprochen, wobei der einmütige Beschluß gefaßt wurde, daß die Kleine Entente sich mit der Aktion der Großmächte solidarisiert.

Die nächste Konferenz

der Kleinen Entente soll in Belgrad stattfinden, jedoch erst nach der Sitzung des Völkerbundes.

Die weiteren Absichten der Entente.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" teilt mit, daß Vorschläge gemacht worden wären (von wem sagt der Korrespondent nicht), eine gemeinsame Note aller Alliierten nach Berlin zu senden, die auf die deutschen Vorschläge vom 7. Juni antworten, aber nicht von der Ruhr sprechen würde. Die verschiedenen Mächte würden außerdem je eine getrennte zweite Note an die deutsche Regierung senden, wobei die französische und die belgische Regierung die Einstellung des passiven Widerstandes fordern, die übrigen Regierungen dies dagegen nur anraten würden.

Das britische Kabinett hat am Dienstag beraten, welche Folgerungen sich aus der belgischen und französischen Antwort für die Weiterführung der englischen Aktion in der Ruhr- und Reparationsfrage ergeben.

Besprechungen über Besprechungen.

Unmittelbar nach Empfang der Antworten Frankreichs und Belgiens empfing Lord Curzon den Besuch des italienischen Botschafters Della Toretta, der sich darauf beschränkte, Lord Curzon mitzuteilen, daß Mussolini es vorziehe, auf die englische Note, die ihm, wie den anderen Regierungen gleichzeitig zugestellt wurde, für den Augenblick nicht zu antworten. Der italienische Ministerpräsident vertritt die Auffassung, daß seine Intervention bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge von keinem Nutzen sei; er habe den lebhaften Wunsch, zu den Schwierigkeiten, die zwischen den Regierungen Frankreichs, Belgiens und Englands zwecks Erzielung einer Verständigung zu beseitigen sind, nicht beizutragen. **Aus diesem letzten Grunde wird hier angenommen, verzichtet auch**

die japanische Regierung darauf, auf die englische Mitteilung zu antworten.

Später sprach der deutsche Botschafter Dr. Sthamer im Foreign Office vor. Er begnügte sich damit, Mitteilungen über die Wirtschaftskrise in Deutschland zu machen, hatte dann jedoch eine längere Unterredung mit Lord Curzon. Die englischen Regierungsstellen beobachten im Hinblick auf die interalliierten Besprechungen große Zurückhaltung.

Weitere Geheimtuerei.

Baldwin erklärte in seiner Antwort auf eine Anfrage Macdonalds im Unterhause, daß es zweifelhaft sei, ob der Wortlaut der französischen und belgischen Note bekannt gegeben werde, weil die Befürchtung (!) bestehe, daß die Antworten eine Fortsetzung der Verhandlungen seien.

Die „friedlichen Ingenieure“ kehren nach Essen zurück

Die „interalliierte“ Mission zur Kontrolle der Hütten und Bergwerke im Ruhrbezirk, die infolge des passiven Widerstandes ihre Tätigkeit in Essen zu Anfang der Besetzung nicht aufnahm, sondern sich nach Düsseldorf zurückzog, wo aber bisher ihre Wirksamkeit nicht sonderlich in die Erscheinung getreten ist, soll nunmehr wieder nach Essen zurückkehren. Die französische Besatzungsbehörde hat sämtliche 123 Bureauräume des „Handelshofes“ beschlagnahmt mit der Anordnung, daß diese Räume zur Verfügung der Interalliierten Kontrollmission gestellt werden. Sämtliches Mobiliar, alle Bureaueinrichtungen, Schreibmaschinen und Telephonapparate der 4 Firmen, die jetzt diese Räume innehaben, müssen an Ort und Stelle bleiben. Den betreffenden Firmen wird eine zehntägige Frist gewährt, um ihre Schriftstücke fortzuschaffen und die Räume zu verlassen. Mit dieser Maßnahme, die einen schwerwiegenden Eingriff in das Wirtschaftsleben Essens bedeutet, scheint es aber noch nicht sein Bewenden zu haben. In den letzten Tagen ist das große Geschäftsgebäude des Bergbau-Vereins mehrfach von Beauftragten der Besatzungsbehörde besichtigt worden, und man rechnet damit, daß auch dieses Gebäude beschlagnahmt werden wird.

Die Lebensmittelabsperrung.

Aus Aerztekreisen des mittleren Ruhrgebietes wird geschrieben daß neuerdings die Säuglingssterblichkeit außerordentlich zugenommen hat. was nach ärztlichem Urteil ausschließlich auf den schlechten Zustand der Milch und ihre unregelmäßige und verspätete Heranführung zurückzuführen ist. Man hofft, daß jetzt die geradezu barbarische Abschnürung der Milchversorgung gelockert wird. Auf die Gefahren, die in der Verhinderung der Lebensmittelversorgung liegen, hat der englische Premierminister in seiner Unterhauserklärung hingewiesen, eine Mahnung, die nur zu berechtigt ist und die von der Presse des Ruhrgebiets daher mit Genugtuung begrüßt wird, wie auch die immerhin teilnehmende Erwähnung der Leiden der Bevölkerung unter dem Druck der Besatzung. Die Franzosen haben in den letzten Tagen die Presse zur Aufnahme einer Erklärung gezwungen, daß die Schwierigkeiten der Heranführung der Lebensmittel nicht durch die Sperrposten der Besatzung verursacht worden seien. daß vielmehr die deutsche Eisenbahndirektion in Hamm mit ihren „eigenmächtigen Vorschriften“ die Schuld trage. Das ist natürlich barer Unsinn. Diese Behauptung wird am besten durch die Zustände auf den Bahnhöfen Buer und Gladbeck widerlegt. Die Bahnhöfe mußten nach Freigabe der Strecke von den zahlreichen Güterwagen entlastet werden, die sich infolge der plötzlichen Stillegung des Verkehrs von 7 Wochen hier angesammelt hatten. Dabei stellte sich heraus, daß ungeheure Mengen von Lebensmitteln, die in den Waggons lagerten, verdorben sind. Aus einem Wagen lief die flüssige und verdorbene Butter nur so heraus. Die Lebensmittelknappheit der letzten Wochen ist allein durch diese Störung verursacht und verschärft worden. Alle Reinwaschungsversuche der Besatzung sind also von vornherein als das zu bewerten, was sie sind, als — Lügen. Gestern abend ist zum ersten Mal auf dieser Strecke ein Lebensmittelzug angekommen, und zwar ein Zug mit Kartoffeln.

Ein Holländer über das Elsaß.

Ein Leser schreibt dem „Berliner Lokalanz.“: Als ich vor einigen Tagen in dem gemütlichen Familienkreis eines lieben alten Freundes in Holland verweilte, war dort gerade ein Brief von einem Sohn der Familie eingetroffen, der ein Semester in Straßburg studiert. Der junge Mann hatte eine Tour durch das Elsaß gemacht und teilte seinen Eltern seine Reiseeindrücke mit. Seine Beobachtungen sind so scharf und interessant, daß ich Wert darauf lege, den betreffenden Abschnitt seines Briefes aus dem Holländischen zu übersetzen und zu veröffentlichen. Er schreibt: „Es ist den Leuten hier vollkommen egal, ob sie Deutsche oder Franzosen sind; unzufrieden sind sie in beiden Fällen, dafür sind sie eben Elsässer. Man hat große Ehrfurcht vor der deutschen Tüchtigkeit und kein Mensch glaubt hier, daß das Elsaß dauernd französisch bleiben wird. In Straßburg ist die Masse vollkommen gleichgültig. Eine kleine Gruppe französischer Propagandisten hat dort einen großen Anhang bei der reichen Bourgeoisie, die jetzt zu Frankreich hält, weil der gute Ton das erheischt. Im Fall eines deutschen Sieges wäre sie jedoch entschieden pro-deutsch gewesen. Obzwar allgemein anerkannt wird, wieviel man der deutschen Herrschaft zu verdanken hat, sehnt man sich nicht nach ihr zurück, jedoch keineswegs aus Liebe zu Frankreich, sondern lediglich infolge des mehr oder weniger unglückglücklichen Verhältnisses des früheren Reichslandes zum Reich. Von einem begeisterten französischen Elsaß fehlt jede Spur. Ist dieses neutrale Urteil nicht höchst interessant? Welche französische Zeitung wird es wohl aufnehmen?

Ein elsässischer Sozialist über die „Sicherheiten“.

Unter dem Titel „Frankreich und die Rheinlande“ behandelt der bekannte Führer der elsässischen Sozialdemokratie S. Grumbach, im Pariser „Populaire“ das Verhältnis der Rheinlande zu Frankreich und betont, daß die von der französischen Regierung gegen die Enthüllung des „Observer“ veröffentlichten Dementis durchaus unzutreffend seien, denn die französische Regierung gehe in der Tat auf eine Loslösung der Rheinlande vom Reich aus. Grumbach fährt dann fort:

„In Frankreich selbst, unterstützt durch Männer guten Glaubens, die allen Ernstes zu glauben scheinen, daß die Loslösung des Rheinlandes von Preußen eine Sicherheitsgarantie für unser Land bilden würde, verdient sie geprüft zu werden. Sobald man sie aus der Nähe prüft, gewahrt man, daß sie von einem fundamentalen Irrtum ausgeht, und daß sie auf eine gefährliche Forderung hinausläuft, deren Verwirklichung den Interessen des Friedens und somit denjenigen Frankreichs entgegengesetzt ist.

Unser Freund Rudolf Breitscheid, selbst ein Rheinländer, hatte recht, als er in einem in einer französischen politischen Revue veröffentlichten Artikel schrieb, daß Preußen heute nicht mehr die Festung der Reaktion, aber der Wall der Demokratie und des Sozialismus in Deutschland sei. In Wirklichkeit vergißt man aber heute nur zu leicht, daß es Bayern, das frühere „demokratische“ Süddeutschland, ist, das seit der Revolution die Rolle des alten Preußen der Hohenzollern spielt. Wer weiß, ob ohne Preußen, ohne die sozialistische Macht in Preußen, ohne Minister des Innern, wie Severing, die Pangermanisten und Revanchepolitiker, die ihren Sitz in München haben, nicht seit langem die Republik gestürzt und neues Unheil angerichtet hätten?

Das Rheinland von Deutschland trennen, das heißt den größten demokratischen Staat des republikanischen Deutschland zugunsten des östlichen reaktionären Preußen schwächen.

Im Schoße Deutschlands einen rheinischen Staat gründen, heißt, den monarchistischen Elementen unter den bayerischen Katholiken erleichtern, Verbindungen mit den rheinischen katholischen herzustellen, die für die Republik gefährlich sind.“

Diese durchaus vom französischen Standpunkt aus gedachte Ablehnung einer Annexion der Rheinlande, wie sie Grumbach gibt, wäre vielleicht zutreffend, wenn bei den französischen Annexionswünschen die Frage der Sicherheit irgend eine Rolle spielte. Wer die französische Politik seit Jahrhunderten bis kurz nach dem Kriege kennt, weiß ganz genau, daß die Frage der Sicherheiten zum mindesten für die französische Regierung völlig unwesentlich ist und daß es sich bei der beabsichtigten Loslösung der Rheinlande lediglich um Verwirklichung eines Jahrhunderte alten französischen Planes handelt. Man verhält sich im übrigen in Deutschland dem Gerede über Sicherheiten gegenüber grundsätzlich ablehnend. Nicht das waffenstrotzende Frankreich braucht Sicherheiten von dem entwaffneten Deutschland, sondern das entwaffnete Deutschland Sicherungen gegen die räuberischen französischen Überfälle, wie sie seit Urzeiten traditionell und angesichts der Waffenlosigkeit Deutschlands gerade jetzt an der Tagesordnung sind. Was die vielleicht nicht unbegründete Angst Frankreichs vor der größeren natürlichen Volkskraft Deutschlands anlangt, so ist das eine Sache, die die Deutschen nichts angeht. Wenn die Franzosen eine Vermehrung ihrer eigenen Bevölkerung wünschen, so werden sie sich eben selbst bemühen müssen. Jedenfalls wird es sich für Deutschland empfehlen, alle „Sicherheiten“ Frankreichs, die über den Versailler Vertrag hinausgehen, kategorisch abzulehnen.

Die Zukunft des Herrn Benesch.

Benesch Generalsekretär des Völkerbundes?

Wie die Prager „Bohemia“ erfährt, bewirbt sich der tschechische Außenminister Dr. Benesch ernsthaft um den Posten des Generalsekretärs des Völkerbundes, der nach dem Rücktritt von Sir Eric Drummond voraussichtlich Ende dieses Jahres frei werden wird. Dr. Benesch habe in diesen Tagen in Paris und London Gelegenheit genommen, sich über die Aussichten seiner Kandidatur zu unterrichten, und er hat, wie es heißt, auch in England den Eindruck gewonnen, daß seine Kandidatur durchaus angenehm sei.

Benesch Generalkommissar von Oesterreich?

Das tschechische Korrespondenzbureau dementiert die Meldung, daß sich der tschechische Außenminister Dr. Benesch um den Posten des Generalkommissars für Österreich bewerbe. Die Gerüchte über diese Bewerbung Benesch' hängen damit zusammen, daß die Stellung des Völkerbundkommissars Zimmermann, eines Holländers, erschüttert ist, besonders weil er im österreichischen Nationalrat die Ratifizierung des in Rom abgeschlossenen Südbahnabkommens verhindert hat, was hauptsächlich in Italien großen Unmut hervorgerufen hat, der sich jetzt gegen den Generalkommissar auszuwirken beginnt.

Ein Dementi der Prager Regierung.

Die tschechische Regierung läßt die Blättermeldungen über die Pariser Beratungen des tschechoslowakischen Generalstabschefs mit französischen Generalen und dem polnischen General (und früheren Ministerpräsidenten) Sikorski, betreffend einen engeren Zusammenschluß der Armeen der Kleinen Entente mit Polen als vollkommen unrichtig und tendenziös bezeichnen.

Benesch hofft auf Versöhnung mit Polen.

Benesch hat Pressevertretern gegenüber erklärt, daß er die Gewißheit habe, daß die zwischen Polen und der Tschechoslowakei bestehenden Differenzen ausgeglichen werden würden im Hinblick darauf, daß die gemeinsamen Interessen beider Staaten über derartigen Unstimmigkeiten stehen müßten.

Vergiftung des amerikanischen Präsidenten

Von Washington aus hat man versucht, eine Fischvergiftung, an der Präsident Harding während seiner Reise nach Alaska, die er über San Francisco dorthin machen wollte, erkrankt ist, als unbedeutend hinzustellen. Jetzt wird bekannt, daß das Befinden Hardings sehr ernst ist. Niemand wird vorgelassen, die Reise ist aufgegeben, Präsident Harding wird auf dem schnellsten Wege nach Washington gebracht.

Der Gesundheitszustand des Präsidenten Harding ist nach den letzten Meldungen besorgniserregend. Neue Symptome, welche in der letzten Nacht eintraten, veranlaßten die sofortige Berufung zweier kalifornischer Spezialisten und die Unterbrechung der Reise. Eine Beratung fand statt, an der vier hervorragende amerikanische Ärzte teilnahmen. Es wird befürchtet, daß Herzkomplikationen eintreten könnten. Es gehen auch dunkle Gerüchte, daß der Präsident von Anarchisten vergiftet sei.

Sowjetrußland.

Russische Feiertage nach Gregorianischem Stil.

Ein Dekret des Moskauer Vollzugsausschusses überträgt die Kalenderfeiertage, die den von einem Teil der Bevölkerung rechtgläubigen Bekenntnisses begangenen Festen entsprechen, aus dem Julianischen in den Gregorianischen Stil.

Wieder eine Verschwörung!

Im Zusammenhang mit der Aufdeckung einer neuen großen Verschwörung, die die bolschewistische Regierung stürzen wollte, sind in Petersburg und Moskau sehr viele Nichtkommunisten verhaftet worden. Den Verhafteten droht Abtransport nach den nördlichen Gouvernements oder Sibirien. (Die wievielte Verschwörung ist dies nun? Wir erwarten mit Spannung eine Statistik der Sowjetregierung über Verschwörung, klassifiziert nach Mitgliederzahl, Tendenz, Verbreitungsgebiet usw. D. Schriftl.)

Deutsches Reich.

Verschiedene Reichskanzler- und Ministerkandidaten

Es zeigt sich, daß zurzeit keine Kombination gefunden werden kann, die die Verantwortung einer neuen Regierung übernehmen möchte. Den Angriffen des Zentrums und der Sozialdemokratie gegen das Kabinett Cuno hat sich das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei „Die Zeit“ angeschlossen, die ganz unter dem Einfluß des volksparteilichen Abgeordneten Stresemann steht. Die derselben Partei angehörenden „Leipziger Neuesten Nachrichten“ verlangen denn auch zum mindesten die Aufnahme Stresemanns in ein neues Kabinett, für den eventuell der noch nicht bestehende Posten eines Sprechministers zu schaffen wäre. Im übrigen denkt man an die Herbeiführung der großen Koalition (von Breitscheid bis Stinnes), die in Preußen bereits seit zwei Jahren regiert. Als sozialistische Kandidaten für den Kanzlerposten werden für den Fall, daß Dr. Cuno ein neues Kabinett nicht mehr bilden werde, der Reichstagspräsident Löbe und der frühere Reichskanzler Hermann Müller-Franken genannt, die jedoch beide wenig Geneigtheit zeigen sollen, das undankbare Amt zu übernehmen. So wird die Sozialdemokratie voraussichtlich vor allem die Besetzung des Außenministeriums durch ihren Genossen Dr. Breitscheid verlangen und den gleichfalls radikalen Herrn Hilferding ins Finanzministerium entsenden, um die Durchführung ihrer alten Forderung „Erfassung der Sachwerte“ durchzusetzen. An diesem Punkt dürften in erster Linie die Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung einsetzen, da die Vertreter der „Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ diese Erfassung wenigstens solange hinausschieben wollen, bis die Sachwerte nicht mehr durch französischen Zugriff bedroht erscheinen. Das Zentrum wird vermutlich auf seinen bisherigen Finanzminister Dr. Hermes verzichten und dafür den Abgeordneten Lange-Hegermann, ein bisher unbeschriebenes Blatt, für ein anderes Portefeuille benennen. Herr Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, wird übrigens nicht nur als Sprechminister vorgeschlagen, sondern der Reihe nach auch als Reichskanzler, Außen- und Innenminister.

** **Neue Erhöhung des Posttarifs.** Nach deutschen Blättern soll am 1. September eine neue Erhöhung des Posttarifs in Kraft treten. Die Erhöhung wird 200 Prozent des Tarifs vom 1. August betragen. Ein Auslandsbrief wird also 3000 Mark kosten und ein Telegrammwort 2400 Mark bei der Grundtaxe von 4800 Mark. Als Ursache der neuen Erhöhung wird das 80 Billionen-Defizit der Reichspost angeführt.

** **Die Mörder des Staatsanwalts Haas.** Als die Hauptbeteiligten an der Ermordung des Staatsanwaltschaftsrates Dr. Haas wurden bisher der 21jährige Dreher Willi Bender aus Hausen und der zurzeit erwerbslose Schreiner und ehemalige Hilfspolizist Karl Bräuning von hier festgenommen. Letzterer ist 51 Jahre alt. Unter dem Druck der Ermittlungen der Kriminalpolizei hat Bräuning zugegeben, daß er die beiden verhängnisvollen Schüsse abgegeben hat, die den Anfang der Ausschreitungen verursachten. Bräuning will die Schüsse lediglich als Warnung für die erregte Menge abgegeben haben. Nach den bisherigen Ermittlungen muß aber angenommen werden, daß diese Angaben nicht richtig sind.

** **Verhaftung des Diebes der Münsterer Dommonstranz.** Der von der Staatsanwaltschaft gesuchte Chauffeur Franz Czybulka, der in dem dringenden Verdacht steht, die Münsterer Dommonstranz entwendet zu haben, wurde in Dortmund von den Franzosen, bei denen er sich als Arbeiter verdungen hatte, wegen Diebstahls verhaftet.

Freistadt Danzig.

Die Lebensmittelnot.

Infolge des Sturzes der deutschen Mark befindet sich Danzig in sehr schwieriger Verpflegungssituation. Die Herbeischaffung von Lebensmitteln aus dem Auslande wird wegen des niedrigen Kurses der Mark nicht in Betracht gezogen. Kleine Geschäfte haben ihre Waren verkauft und haben jetzt nicht genügend Bargeld für den Einkauf neuer Waren. Die Grossisten beeilen sich nicht, den Kleinverkäufern kleinere Mengen abzugeben. Vor den Geschäften des Lebensmittelamtes sammeln sich schon des Abends Menschen an, die sogar mit Stühlen kommen, um bis zum nächsten Tage auf den Einkauf von Lebensmitteln zu warten.

Das neue Danziger Geld.

Im Danziger Volkstag ist ein Antrag eingelaufen, in dem ein Zusatzgesetz über die Emission von Danziger Geld bis zur Gesamtsumme von 60 Milliarden deutscher Mark gefordert wird. Die Summe der bisherigen Emissionen betrug 46 Milliarden und reicht angesichts des ungeheuren Sturzes der deutschen Mark nicht aus.

Gegenmaßnahmen gegen die Gründung des Auswandererlagers Wejherowo.

Den polnischen Auswanderern wurde am 30. Juli verboten, das nach Amerika abgehende Schiff zu betreten. Die Veranlassung dazu gab der Senat, der die Erlaubnis zur Untersuchung der Emigranten durch den amerikanischen Arzt im Eisenbahnzuge, in dem sich zwei Sanitätswagen befanden, verweigert hat. Der Senat forderte die ärztliche Untersuchung im früheren auf Danziger Gebiet befindlichen Auswandererlager. Die Auswanderer mußten nach Wejherowo zurückkehren und das Schiff dampfte ohne sie davon.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Posen, 30. Juli.** Durch Urteil des Friedensgerichts zu Birnbaum vom 13. Juni 1923 wurden Abraham Meyerowicz aus Kolo mit 6 Monaten Gefängnis wegen versuchter Desertion, Zellman Griffel aus Posen mit 6 Monaten Gefängnis, sowie Wojciech Napieraj und Edmund Both aus Birnbaum mit 8 Monaten Gefängnis bzw. 2 Wochen Gefängnis wegen Beihilfe dazu bestraft. Die bei ihnen vorgefundenen Gelder wurden für den Staat eingezogen, die mehrmonatige Untersuchungshaft nicht angerechnet. Das Gericht nahm an, daß Meyerowicz sich durch die Flucht über die Grenze der Militärpflicht entziehen wollte, und daß in Posen eine geheime Organisation bestehe, deren Haupt Griffel sei, welche Militärpflichtigen über die deutsche Grenze helfe. Gegen dies strenge Urteil legten nur Griffel, Napieraj und Both Berufung ein. In der Hauptverhandlung vor der 1. Strafkammer in Posen vom 31. 6. 1923 wurde Meyerowicz, gegen welchen das Urteil rechtskräftig geworden war, als Zeuge vernommen. Die Verhandlung ergab, daß Meyerowicz lediglich zum Besuch seines kranken Bruders nach Deutschland und zurück fahren wollte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Glatzer, wies darauf hin, daß hier nicht einmal von einem Versuch der Grenzüberschreitung die Rede sein könne, was er ja auch vom Beginn der Untersuchung an stets betont habe. Vielmehr lägen, da ja Meyerowicz arretiert wurde, ehe er versuchte, die Grenze zu überschreiten, nur straflose Vorbereitungshandlungen vor. Das Gericht schloß sich diesen Rechtsausführungen nach kurzer Beratung an und erkannte auf Freisprechung. Die logische Folge ist, daß der Angeklagte Meyerowicz, der bereits seit dem 13. Juni seine Strafe verbüßt, schuldlos ist. Bei dieser Sachlage dürfte vielleicht sogar das Gesetz vom 14. Juli 1904, betreffend Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft, in Frage kommen.

Neues vom Tage.

Eisenbahnunglück in Kreiensen.

Am 31. Juli früh um 4 Uhr fuhr auf dem Bahnhof Kreiensen der Haupt-D-Zug Hamburg—München auf den im Bahnhof haltenden Vorzug, wahrscheinlich infolge Ueberfahrens des Haltesignals, auf. Bis 8 Uhr 15 Min. vormittags konnten 27 Tote, zumeist Männer, und 48 Verletzte, davon 15 Schwerverletzte, festgestellt werden. Die Toten und Verletzten stammen überwiegend aus Süddeutschland.

---

§ **Häuserzusammenbrüche in Petersburg.** Noch steht Petersburg unter dem Eindruck des furchtbaren Hauseinsturzes am Jekateringorski-Prospekt. Er war, wie die „Lib. Ztg.“ schreibt, um so erschütternder, als das Haus eben mit einem Aufwand von über 200 000 Rubel gründlich renoviert worden war und der Einsturz daher so unerwartet kam, daß das Besitztum der Einwohner, darunter auch dreier bekannter Schauspielerinnen, nicht gerettet werden konnte. Das geschah, nachdem das Haus eben von einer Spezialkommission untersucht und als völlig sicher erklärt worden war. Als Grund der Katastrophe wird neuerdings die Unterspülung des Fundaments bezeichnet, wobei das Wasser aus der schadhaften Kanalisation ausgetreten sein soll. Jetzt bringen die Petersburger Blätter Alarmnachrichten über das Gebäude des Petersburger Konservatoriums, das in höchster Gefahr schweben soll. An der Fassade sind große Risse zu erkennen. Die Behörden versichern, daß sie Maßnahmen ergreifen, um einen Einsturz des Konservatoriums zu verhindern.

Der FIAT-Wagen

in Neukonstruktion ist anerkannt das billigste und beste Auto der Gegenwart!

[612

Sofort lieferbar in allen Typen durch:

Brzeskiauto T. A.

Poznań, Skarbowa 20.
Tel. 34-17 — 41-21.

Georg Tuch ‖ **Lotte Tuch**
geb. Meyerowitz

Vermählte

danken zugleich für die erwiesenen Aufmerksamkeiten.

Poznań,
Wały Królowej Jadwigi 3a II.

Teatr Pałacowy, Plac Wolności 6.

Vom 30. Juli bis 5. August:

Der berühmte polnische Kinostern LYA MARA in der Hauptrolle des sechsaktigen Filmkunstwerks:

Yvetta, die Modekönigin.

Anfang der Vorstellungen um 4½, 6½ und 8½ Uhr.

KINO Colosseum św. Marcin 65.

Vom 30. Juli bis 5. August:
Der Clou der Saison! Ungewöhnliche Sensation!

Das Drama auf dem Meeresgrunde.

Hochsensationelles Drama in 6 Akten.

Die schwierigen Originalaufnahmen unter Wasser wurden mit Hilfe der berühmten Taucherglocke der Brüder Williamson gemacht.

Statt Karten.

Heute morgen gegen 1 Uhr erlöste Gott nach jahrzehntelangen, in steter Geduld getragenen qualvollen Leiden meinen inniggeliebten ältesten Sohn, unseren teuren Bruder, Schwager und Onkel

Alfred Foerster

im Alter von 51½ Jahren durch den Tod.

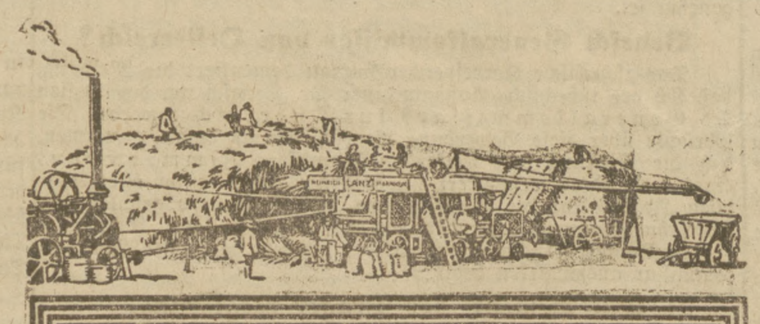
2. Timotheus, Kap. 4, Vers 7 u. 8.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen in tiefstem Schmerz

Amalie Foerster, geb. Sonnenberg.

Posen, den 30. Juli 1923.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 3. Aug., nachm. 6 Uhr vom Trauerhause, ul. Stroma 26, aus nach dem alten Paulifriedhof statt.





Die weltberühmten

Dampf-Dreschgarnituren

sind wieder zu haben.

Generalvertretung:

Nitsche i Sp., Maschinenfabrik in Posen, św. Marcin 33.

Der Violinunterricht

beginnt **Montag, den 6. August 1923.**

Aufnahme neuer Schüler.

Ausbildung von den ersten Anfängen bis zur Reife.

Bernhard Ehrenberg, Konzertmeister,
Poznań, ul. Dąbrowskiego 26 I.

Dem geehrten Publikum von **Obornik und Umgegend** zur gefl. Kenntnis, daß mit dem **26. 7. 1923** die Firma

Brunk & Solarski Młyn Kawanówko

aufgelöst ist.

Die Mühle werde ich unter eigener Firma weiterführen.

Für sämtliche Vereinbarungen, welche Herr **Solarski** nach dem heutigen Tage auf die Firma abschließen würde, übernehme ich keine Verantwortung; auch ziehe ich die ihm erteilte **Generalvollmacht** hiermit zurück.

A. Brunk.

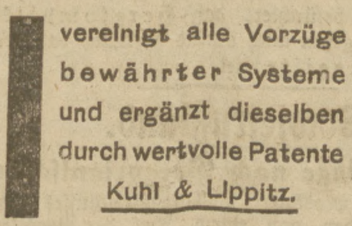
---

1 Stock-Motorpflug, gebraucht, aber gut arbeitsfähig, mit vielen Ersatzteilen,
1 Höhentransporteur von Heber-Oberessendorf, mit eingeb. Benz-Motor, so gut wie neu,
1 Lanz-Strohpresse für Motor-Dreschmaschinen, so gut wie neu,
Ventzki-Ein- und Zweischarpflüge, Federzinken-Kultivatoren, Eggen, Walzen usw.
empfiehlt die

Maschinen-Abteilung der Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft
Tow. z ogr. por.
Poznań ul. Wjazdowa 3.

Kartoffelgraber

„Progress" „Fünfstab"



vereinigt alle Vorzüge bewährter Systeme und ergänzt dieselben durch wertvolle Patente Kuhl & Lippitz.

8280]

Neu! Verstellbarkeit der Wurfweite während des Betriebes!



Verlangen Sie Prospekte von Ihrem Maschinenlieferanten!

„Stock"-Motorpflug,

moderner Bauart, sechsscharig, 55/60 PS, Rückwärtsgang, motorische Tiefenstellung, habe ich **preiswert abzugeben** und zu besichtigen. Apparat ist gründlich durchrepariert und garantiert betriebsfertig. — Auf Wunsch Vorführung durch Monteur.

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Lampenschirme

werden sauber und billig angefertigt. **Ul. Dąbrowskiego Nr. 41a I. r.** (8369

Hausschneiderin

für Stadt und Land, auch auf Wäsche, empfiehlt sich. Off. an Frau **O. Broche, Górna Wilda 73.** (8384

Die Beleidigung, die ich Fräulein **Klara Hoppe** aus **Pierzchno** zugefügt habe, nehme ich hiermit reuevoll zurück. (8388

Stanisława Szymańska,
Starołęka.

Rassenreine

Plymouth-Rock, Mecheler Kuckucksperber, schwarze Minorka

[8368

zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis erbeten an

Hans Linz, Rawicz.

Triolin Fussboden-Belag

(Linoleum)

Fabrikat der Köln-Rottweil A.-G.,
übertrifft in Haltbarkeit alle anderen Marken.
Unempfindlich gegen Einwirkung von Wasser, Seifenlaugen und Säuren. Allein für die deutschen Reichsbahnen ca. 400 000 Quadratmeter verlegt. — Auf Wunsch wird **Triolin** von Berliner Fachleuten zu Tagespreisen verlegt.

Alleinvertrieb durch [8325

Engroslager S. Fels, Danzig,
Ankerschmiedegasse 10a. Fernsprecher 5820.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat August 1923

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Achtung! Achtung!

Neue Transporte in [767

Braunkohlen-Briketts,

bekannter Güte, Marke **Kaiser** usw. Format: Salon **treffen dieser Tage in Poznań ein.**

Im Hinblick auf die überaus starke Nachfrage empfehlen wir schon jetzt sich den Bedarf zu reservieren.

Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe
Poznań, Wały Zygmunta Augusta Nr. 3 II.
Telephon 1296 u. 3871. Tel.-Adr.: Węgleśląskie.

Schafwolle,

schmutzige und gewaschene **kaufe oder tausche** auf Strickwolle oder fertige Waren.

Zahle die höchsten Preise! Bitte sich zu überzeugen.

Teppich- u. Sweater-Strickwolle in grosser Auswahl. ‖ **Zwirne** eigen. Fabrikat. allerbester Qualtät.

„TEKSTYL", Inh. Stan. Jóźwiak, Poznań, ul. Kantaka 6 (Ecke św. Marcin).

Bitte auf meine Firma genau zu achten!



Selbst. Kaufmann sucht sof. oder 15. August gut

möbl. Zimmer.

Off. u. **8374** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Wer verhilft jungem, in großer Wohnungsnot befindlichem Ehepaar gegen Vergütung schnellstens zu

zwei leeren Zimmern.

Angebote u. **8381** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Wer tauscht

eine gute

3-Zimm.-Wohng.

Poznań nach **Pobiedziska?** Umzug wird bezahlt. Offerten unter **Nr. 8385** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Pole, der vollauf d. dtsch. Sprache beherrscht, erteilt

polnischen Unterricht.

Off. u. **8354** a. d. Geschst. d. Bl.

Auf der Chaussee v. Czarnków nach Połajewo fand ich eine Herrenuhr. Der Eigentümer kann die Uhr gegen Legitimation, Erstattung der Kosten und Belohnung bei mir in Empfang nehmen. **Friedrich Wurster, Komoszewo-Abbau bei Huta (Althütte).**

Frl. H. v. N.

z. 8. **Poznań** (8370
wird um weiteres gebeten.

Witwe, in den 40er Jahren, aus gutem Hause, mit sehr guter Aussteuer, alleinstehend, wünscht **Lebenskameraden.** Landw. bevorz., auch Witwer ohne Kind angenehm. Gef. Angeb. unter **8372** an die Geschäftsst. d. Bl.



Hersteller: Urbin-Werke, G.m.b.H. Danzig, am Troyl.
Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**

---

1 oder 2 möblierte Zimmer

zu mieten gesucht.

Zahle gute Miete.

Gefällige Angebote unter **Nr. 8340** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Donnerstag, 2. August 1923. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 172

Aus Stadt und Land.

Posen, 1. August.

Stadtverwaltung und Mieter.

Stadtpräsident Ratajski gewährte einem Mitarbeiter des „Dziennik Pozn.“ eine Unterredung, in der er sich zur Frage „Die Städte und der Mieterschutz“ äußerte. Eingangs sagte er u. a., daß das Mieterschutzgesetz gegen die Grundsätze der Rechtmäßigkeit im Staate verstoße und deshalb nicht toleriert werden dürfe. Der Stadtpräsident sagte weiter: „Das Mieterschutzgesetz führt die Städte zum Ruin. Die Hausbesitzer haben keine Einkünfte und sind nicht in der Lage, Reparaturen auszuführen. Deshalb tragen sich die Häuser immer mehr ab und werden langsam Trümmerhaufen. Ein solcher Fall ereignete sich in Jersitz. Auch in Gurtschin und in Wilda fallen die Häuser zusammen. Überdies sind fast alle Häuser derartig ruiniert, daß sie eine vollkommene Erneuerung erfordern. Hierzu sind ungeheure Summen nötig. Diese Zustände sind eine schädliche Folge des Mieterschutzgesetzes. Das Gesetz beraubt auch die Stadt größerer Einkünfte. Posen besitzt ungefähr 60 Grundstücke, die vor dem Kriege 7½ Millionen Mark einbrachten, während jetzt ein Fehlbetrag zu verzeichnen ist. Außerdem hat das Mieterschutzgesetz die Stadt der Gebäudesteuer beraubt, da diese heute so minimal ist, daß sie aufgehört hat, im Stadthaushalt eine Rolle zu spielen. Die Stadt verliert durch das Gesetz auch noch eine andere Einnahmequelle, und das ist die Wohnungssteuer. Es ist berechnet worden, daß diese Steuer bei der gegenwärtigen Höhe der Mieten so wenig ergibt, daß es sich gar nicht lohnt, sie einzuziehen. Ich weiß nicht, wie andere Städte verfahren sind; Posen hat jedenfalls lieber auf die Wohnungssteuer verzichtet. Und jetzt — das möchte ich mit besonderem Nachdruck betonen — die „Wohltaten“ des Mieterschutzgesetzes sind sehr relativ. Ein großer Teil der Mieter wohnt tatsächlich umsonst; denn wer eine Vorkriegsmiete in Höhe von 300 Mark zahlt, der entrichtet in Wirklichkeit nur einen Pfennig; dagegen trägt er andere Lasten in Form von Konsumtionssteuern usw., Steuern, die ungerechtfertigt sind, da sie breiteste Einwohnerkreise belasten, ohne ihren Einkünften Rechnung zu tragen. Die Städte, die der normalen Einkünfte beraubt sind, müssen infolge des Mieterschutzgesetzes diese Steuer erheben, um dem drohenden Bankrott zu entgehen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch auf eine andere Belastung der Einwohner hinweisen, die ebenfalls durch das Mieterschutzgesetz hervorgerufen ist. Infolge des schlechten Funktionierens der Wasser- und Kanalisationsanlagen fließt fast in allen Häusern 20 bis 25 Prozent des Wassers zur Warthe zurück. Die Hausbesitzer kümmern sich nicht um Reparaturen, und die Folgen tragen die Mieter. Nach annähernden Berechnungen beträgt der Wert des Wassers, das ungenutzt zur Warthe abfließt monatlich ungefähr eine Milliarde; denn der gegenwärtige Stand der Dinge läßt sich nicht mehr weiter halten. Es geht nun darum, daß die projektierte Novelle, die im Sejmausschuß so viel Streit verursacht, sich nicht nur darauf beschränkt, die Mietssätze zu erhöhen, sondern daß sie die Wohnungsfrage etwas weiter umfaßt und zur Wiederbelebung der Baubewegung beiträgt. Die Frage der Abänderung des Mieterschutzgesetzes muß zusammen mit der Frage der Erweiterung des Städtebaugesetzes behandelt werden, das sehr gut durchdacht ist und auf die gegenwärtigen Wohnungsverhältnisse günstig einwirken kann. Für eine Übergangszeit von zwei bis drei Jahren müssen, unabhängig von der bedeutenden Mietserhöhung, besondere Abgaben für den Städtebaufonds eingeführt werden. Dieser Fonds würde, wie schon der Name sagt, ausschließlich für den Bau von Häusern bestimmt sein. Im Laufe von zwei Jahren könnten auf diesem Wege so viel Wohnungen entstehen, daß die Wohnungsfrage auf natürliche Weise gelöst wäre. Es darf nicht vergessen werden, daß das Hauptmoment, das für die Beibehaltung des Mieterschutzgesetzes spricht, die Furcht ist, die Wohnungen zu verlieren. Wenn es genügend Wohnungen geben wird, dann wird diese Befürchtung gegenstandslos. Ich möchte noch betonen, daß die Ermöglichung der Baubewegung eine zweite Frage lösen würde, nämlich die Arbeitslosigkeit in den Städten. Arbeiter und Handwerker würden Arbeit und Verdienst finden, was zweckdienlicher wäre, als die Gewährung von Beihilfen an die Arbeitslosen. Die Beihilfen beseitigen die Arbeitslosigkeit nicht und sind für Staat und Gemeinden eine sehr empfindliche Last.“

Aenderungen im Gesetz über den Scheckverkehr.

Der Ministerrat hat beschlossen, folgende Änderungen im Gesetz über den Scheckverkehr einzuführen: Der Höchstsatz für Postschecküberweisungen der Postsparkasse wird auf 10 000 000 Mark festgesetzt für den Fall, daß diese Überweisungen in Postämtern ausgezahlt werden sollen, die am Giroverkehr der Postsparkasse unter Beteiligung der polnischen Landesdarlehnskasse teilnehmen. Der Höchstsatz für Postschecküberweisungen der Postsparkasse, die in den übrigen Postämtern und Agenturen ausgezahlt werden sollen, beträgt 5 000 000 Mark. Das Posener Postscheckamt nimmt zwar am Giroverkehr der Postsparkasse teil, scheint aber noch nicht über die neue Änderung unterrichtet zu sein, da es auf Anfrage heute, am 1. August, angab, daß die Höchstgrenze für Überweisungen 5 Millionen Mark betrage.

Tierquälerei

Am Montag sah ich einen Jungen, unterm rechten Arm ein großes Paket, in der linken Hand ein Paar Hühner an den Flügeln tragend. Ich machte den Jungen darauf aufmerksam, daß er den Tieren große Schmerzen bereite, aber das hatte keinen Erfolg. Früher würde ein solcher Rohling unweigerlich zur Strafe notiert worden sein. Der Tierschutzverein gesegneten Angedenkens hatte hier viel Gutes gestiftet. Aber auch das Publikum fühlte sich von der leitenden Idee des Vereins so durchdrungen, daß es nicht nur selbst Roheiten vermied, sondern gegen solche energisch auftrat, wo sie vorkamen. Die Polizei hat den Verein ebenfalls nach Kräften unterstützt. Lebendes Geflügel durfte nur auf dem Arm in sitzender Stellung oder im Netz getragen werden. Die Polizei würde sich verdient machen, wenn sie gegen solche Rohlinge energisch vorginge.

X **Ende voriger Woche** haben sich Posener Studenten von Wilna aus in der Zahl von 22 mit Professor Pilarski an der Spitze nach Riga begeben, wo sie das Museum, die Universität und das Polytechnikum besuchten. Beim polnischen Gesandtschaftsrat Baranowski fand ein feierlicher Empfang statt. Als weitere Reiseziele gelten Dorpat und Tallin.

Besitzwechsel. Die Bank Cukrownictwa hat am 20. Juli das Grundstück Pocztowa 16 (fr. Friedrichstr.) käuflich erworben. In dem Grundstück befindet sich ein Fleischerladen. Wie wir hören, wird die Bank Cukrownictwa in diesem Laden schon in nächster Zeit einen Detailverkauf für Zucker errichten, um der ärmeren Bevölkerung Gelegenheit zu geben, Zucker zu billigerem Preise zu erstehen und so indirekt dem Zuckerwucher entgegenzuwirken. (Bravo! Ein selten gutes Werk in unseren Tagen!)

Der Schutz des Feldes. Jetzt, wo das Ährenlesen wieder aufgenommen wird, sei erneut darauf aufmerksam gemacht, daß nicht allein Diebstahl und der versuchte Diebstahl nach dem Strafgesetzbuch bestraft wird, sondern daß nach § 9 des Feld- und Forstpolizeigesetzes mit Geldstrafe bis zu 300 000 Mark oder mit Haft derjenige bestraft wird, der von einem Grundstück, auf dem er sich unbefugt befindet, sich trotz Aufforderung des Berechtigten nicht entfernt. Ferner wird mit Geldstrafe bis zu 300 000 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen gemäß § 363 Ziffer 9 des Reichsstrafgesetzbuchs bestraft, wer unbefugt über Gärten und Weinberge, oder vor beendeter Ernte über Wiesen oder bestellte Äcker oder über solche Äcker und Wiesen, Weiden und Schonungen, welche mit einer Einfriedigung versehen sind, oder deren Betreten durch Warnungszeichen untersagt ist, oder auf einem durch Warnungszeichen geschlossenen Privatwege geht, fährt, reitet oder Vieh treibt.

Eßt Gemüse! Grüne Gemüse sollten jetzt täglich den Mittagstisch beladen, wenngleich der Nährwert solch' pflanzlicher Kost verhältnismäßig nur gering ist. Die Gemüsse bestehen meist aus Wasser, ihr Eiweiß-, Fett- und Stärkegehalt ist nur gering. Reicher aber ist ihr Salz- und Aschegehalt, und diese Bestandteile gerade sind dem Körper ganz unentbehrlich. Die grünen Gemüse, namentlich der Spinat, zeichnen sich durch ihren Eisengehalt aus. Sie sind daher als Blutbildner Blutarmen besonders dringend zu empfehlen, ebenso die Karotten und Mohrrüben, die ihres hohen Zuckergehalts wegen die gesamte Ernährung fördern. Endlich wirken die Gemüse durch ihren Gehalt an Würzstoffen als Geschmacksreize und regen die Verdauungssäfte an. Das saftloseste Suppenfleisch wird genießbar, wenn es mit einem kräftigen Gemüse zubereitet wird.

X **Der neue Droschkentarif** ist folgender: Für Droschkenfahrten mit Taxameter gilt im Bereich der Stadt am Tage und in der Nacht die Taxe III. Für 1—2 Personen wird das 10 000fache der an der Taxenuhr angezeigten Summe gezahlt; für jede weitere Person werden 50 Pfennig zugezahlt. Gepäck bis zu 10 Kilogramm ist gebührenfrei; für Gepäck von 10—25 Kilogramm werden 50 Pfennig gezahlt; jede weiteren 10 Kilogramm kosten ebenfalls 50 Pfennig. Ein mitgenommener Hund kostet 50 Pfennig. Schoßhunde sind gebührenfrei. Für alle Gebühren gilt der Multiplikator 10 000.

X **Beim Fluchtversuch verunglückt.** Ein stark bezechter Droschkenkutscher namens Władysław Kubiak, 22 Jahre alt, war von der Polizei in Schutzhaft genommen und nach dem Polizeirevier in der fr. Ritterstraße gebracht worden, wo er natürlich tobte. Darauf wurde er nach dem Polizeipräsidium transportiert, wo er sich aber ganz ruhig verhielt. Als er ins Gewahrsam gebracht werden sollte, stürzte er sich, ehe er daran gehindert werden konnte, aus einem Flurfenster im zweiten Stockwerk auf den Hof mit den Worten: „Ich fliege.“ K. ist an den Folgen des Sturzes gestorben.

X **Einbruchsdiebstahl.** Aus dem Hause ul. Ogrodowa 2 (fr. Gartenstr.) wurde durch Einbruch ein großer Posten Herren- und Damenwäsche gestohlen. — Aus der ul. Łąkowa 21 (fr. Wiesenstr.) wurde ein Oberbett und Kopfkissen im Werte von 1¾ Millionen entwendet.

---

* **Birnbaum,** 30. Juli. Wer denkt nicht noch gern an die humane landrätliche Wirksamkeit jenes Mannes, durch den die Stadt Birnbaum und der Kreis eine hohe Blüte erhielt? Eisenbahnen, Chausseen wurden gebaut, Schulen gegründet, und nicht wenig verdanken die Lindenstädtischen Anlagen der Fürsorge unseres unvergeßlichen Herrn Landrats Dr. von Willich! Bei seiner Bestattung zur ewigen Ruhe erschien auch der päpstliche Kammerherr Herr Hektor Graf Kwilecki-Kwilcz und legte an dem Sarge seines treuen Freundes einen kostbaren Kranz nieder. Im Stadtpark ist diesem verdienten Manne ein Denkstein gesetzt worden, als er starb, um ihn über das Grab hinaus zu ehren. Nun haben Bubenhände den einfachen Stein mit der halbverwitterten Inschrift von seinem Postament gestürzt. Fürwahr eine herrliche Ruhmestat!

* **Konitz,** 26. Juli. Die hiesige bisherige Wach- und Schließgesellschaft hat sich aufgelöst. An Stelle dessen hat sich in unserem Orte ein neues Unternehmen niedergelassen unter dem Namen „Nachtpolizei“ mit gleicher Eigenschaft als Detektivpolizei. Dieses Unternehmen ist privater Natur. — Nach der schon längere Zeit angehaltenen Hitzewelle hat sich nun seit einigen Tagen wieder kühle feuchte Witterung eingestellt. Am letzten Donnerstag nachmittag zog über unsere Stadt ein starkes Gewitter, vermischt mit Regenschauer. Durch dieses unbeständige Wetter wird wohl auch die Roggenernte noch mehr verschoben werden. Man rechnete wohl, Anfang August mit der Ernte zu beginnen. — Am letzten Mittwoch abend starb hier ganz plötzlich nach dreitägigem Krankenlager infolge Gehirnkrankheit der in deutschen Kreisen bestens bekannte Klempnermeister Felix Räder im blühenden Mannesalter. Der Verstorbene war in vielen Vereinen als Vorstandsmitglied tätig und hat stets seine Ämter gewissenhaft erfüllt. Sein frühes Hinscheiden wird allgemein bedauert. — Wie man hört, bleiben im ganzen Kreise Konitz nur 29 Schankstätten für alkoholische Getränke bestehen, davon 9 in der Stadt Konitz, 4 in Czersk und 2 in Bruß. — Die Felddiebstähle nehmen von Tag zu Tag immer mehr zu. Einzelne Fälle gelangen gar nicht zur Anzeige. Wenn man einen Gang durch die Felder macht, die am Weg gelegen sind, so findet man sehr oft ganze Ähren abgerissen am Boden liegen. Solche Rücksichtslosigkeit kann gar nicht scharf genug gerügt werden. Welch ein großer Schaden durch solche Handlungsweise entsteht, wird leider nicht bedacht. In einem Kornfeld an dem früheren Kreiskrankenhaus haben sich ganz „bequeme Passanten“ einen Fußweg gebahnt, um schneller auf den Weg zu gelangen, der zum Güterbahnhof führt. Gerade dieses Stück Land macht einen ganz trostlosen Eindruck. Am letzten Sonntag lagen auf dem Wege kurz vor Müskendorf die kaum angesetzten Pflaumen des an dem Wege stehenden Baumes, mit kleinen Ästen abgeschlagen, auf der Erde.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lemberg,** 30. Juli. In Rawa Ruska brach heute eine große Feuersbrunst aus, die noch nicht gelöscht ist. Die ganze Mittelstadt steht in Flammen. Eine Anzahl Wohnhäuser, zwei Kirchen und die Synagoge wurden eingeäschert. Der Schaden geht in die Milliarden.

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(34. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Marianne sprang aus dem schwankenden Nachen und streckte Redern die Hand hin: „Sind Sie mir böse?!“

Das klang so rührend zaghaft und hilflos, wie die Bitte eines Kindes.

„Nein, nein — — —,“ er schluckte, und sein Atem ging schwer, „aber eins sagen Sie mir noch, eins, Marianne: Wollen Sie mir versprechen, daß Sie mich rufen werden, wenn — Sie sich endgültig entschieden haben, oder — — falls einmal eine Stunde kommt, in der Sie einen Menschen brauchen, der es treu und ehrlich mit Ihnen meint?“

„Ja, Hasso, das will ich, wenn auch Sie mir versprechen, inzwischen keinen Versuch zu machen, mich wiederzusehen. Geben Sie mir darauf Ihr Wort?“

„Mein Ehrenwort! Aber ich werde auf Sie warten, Marianne und an Sie denken, täglich — stündlich!“

Hand in Hand standen die beiden — waren es Sekunden? Waren es Ewigkeiten? Sie wußten es nicht. Zeit und Raum versanken um sie her, und erst, als zischend und zündend ein flammender Blitz aus dem dunklen Gewölke herniederzuckte, schreckten sie zusammen.

„Nun hat die silberne Glocke doch nicht geklungen!“ sagte das Mädchen leise. „Leben Sie wohl, Hasso, und Gott schütze Sie!“

Er beugte sich über ihre Hand: „Auf Wiedersehen, Marianne!“

Noch ein letzter Blick, ein Händedruck, — und während die Tiefen des Sees aufschäumten im brandenden Brausen des Sturmes, schoß es Hasso v. Redern durch den Sinn:

„Schwindet auch trügerisch von hinnen
Was einst Dein Ideal,
Denke, die Märchen beginnen
Alle: Es war einmal!“

VII.

Oberförster Sauer, der an seinem Schreibtisch saß, paffte mächtige, graublaue Rauchwolken aus seiner halblangen Jagdpfeife und las wohl zum zehntenmal den vor ihm liegenden Brief, dessen Stil und Orthographie so gar nicht zu der in kreuz- und querstehenden Buchstaben hingeschmierten Schrift passen wollten:

„Sehr geehrter Herr Oberförster!

Vor einiger Zeit habe ich Ihnen eine Warnung zugehen lassen, die aber unbeachtet blieb. Inzwischen ist, wie ich bestimmt weiß, in Ihrem Revier wieder gewildert worden. Da es so ziemlich allgemein bekannt ist, daß im Oberheider Gatter ein besonders starker Damhirsch steht, der schon in den nächsten Wochen vom Fürsten Sayn-Isenstein abgeschossen werden soll, und da andererseits der geheimnisvolle Wilderer es ganz besonders gerade auf diesen Kapitalschaufler abgesehen hat, möchte ich Ihnen zu bedenken geben, ob es nicht doch in Ihrem eigenen Interesse empfehlenswert wäre, wenn Sie auf meinen Vorschlag eingehen würden. Ich wiederhole, daß ich gegen Zusicherung vollkommenster Verschwiegenheit und gegen Zahlung einer Summe von eintausend Mark bereit bin, Ihnen den Namen des Wilddiebs zu nennen. Ein derartig geringfügiger Betrag ist für den Fürsten Sayn-Isenstein eine gar nicht in Betracht kommende Bagatelle und steht in keinem Verhältnis zu dem Wert, den die Erbeutung eines Kapitalschauflers für ihn hat. Sollten Sie also mit mir in Verbindung treten und meinen Vorschlag annehmen wollen, so bitte ich Sie, im „Leininger Tageblatt“ eine Anzeige folgenden Inhalts aufzugeben: „Erwarte Dich morgen. Karl.“ Ich werde dann tags darauf, nachmittags 4 Uhr, in der Oberförsterei Oberheide zwecks näherer Rücksprache eintreffen.

Hochachtungsvoll N. N.“

Wütend knüllte Sauer das Blatt zusammen und warf es in den aus Rohr geflochtenen Papierkorb. In diesem Augenblick wurden draußen auf dem Flur schwere Tritte laut, und zwei Sekunden später klopfte es an die Tür.

„Herein!“ Die schwere, massige Gestalt eines hünenhaft gebauten Forstbeamten schob sich über die Schwelle.

„Guten Morgen, Herr Oberförster!“

„'n Morgen, lieber Rantzsch! Na, was bringen Sie denn Gutes? — Aber setzen Sie sich doch!“

Der Revierförster, dessen Züge von einem wildwuchernden fuchsroten Bart zur Hälfte verdeckt wurden, fingerte verlegen an der Hosennaht herum.

„Gutes ist es leider nicht, aber ich habe seit gestern früh fast zwanzig Stunden Dienst getan, die Schuld liegt wirklich nicht an mir — —, und plötzlich platzte er heraus: „Also, heute früh habe ich nämlich bei der Fütterung an der Leiningen—Goldberger Chaussee einen soeben erst gewilderten Schaufler mit abgeschlagenem Geweih gefunden, und den Schuß habe ich auch gehört.“

„Himmelherrgottdonnerwetter! So eine verfluchte, verdammte Zucht!“ Sauer sprang auf, daß der Stuhl krachend hintenüber zu Boden stürzte, und rannte dann mit großen Schritten, die Hände auf den Rücken gelegt, im Zimmer auf und ab. Nun blieb er vor dem Fenster stehen und trommelte aufgeregt mit den Knöcheln gegen die Scheiben: „Erzählen Sie!“

Rantzsch, dem offenbar nicht sehr behaglich zumute war, zog die Schultern hoch und trat verlegen von einem Bein auf das andere: „Tja, — nämlich viel zu berichten is' da nich'. Ich kam kurz vor sechs Uhr von meinem Patrouillengang zurück und wollte gerade nach Hause, um schnell eine Tasse Kaffee zu trinken, als ich es in Richtung von Fütterung 4 knallen hörte, — so 'n ganz kurzer, merkwürdiger heller Knall, wie aus 'ner kleinkalibrigen Büchse. Natürlich wußte ich sofort, was die Glocke geschlagen hatte, denn es ist uns Beamten ja verboten, anders als in der Notwehr einem Wilddieb gegenüber einen Schuß abzugeben. Ich rannte also, was ich laufen konnte, nach der Straße zu, immer in der Hoffnung, daß der Wilddieb vielleicht mit seinem Gefährt hier lang kommen würde, aber ich hatte die nach Goldberg zu gelegene Seite, und wir nahmen ja schon immer an, daß der Lump nur aus Leiningen stammen könnte. Trotzdem ich mich so sehr wie möglich beeilte, verging fast eine Viertelstunde, ehe ich an der Fütterung ankam. Zu sehen war vorerst überhaupt nichts, nur fiel es mir auf, daß nicht wie sonst Wild herumstand, denn so gegen sieben Uhr kommt doch Irmscher, und da warten die Sauen und das Damwild schon lange vorher auf die frische Schüttung. Aber als ich mich dann auf die Nachsuche machte, sah ich die Bescherung. Keine fünfzehn Schritt von der Heuraufe entfernt lag im Stangenholz ein Schaufler, dem das Geweih nicht etwa abgesägt, sondern mit dem ganzen Oberkiefer abgeschlagen war! Einen Augenblick war ich wie versteinert vor Schreck, denn ich dachte schon, es sei der Kapitale, aber dann sah ich, daß es sich um einen allerdings auch sehr großen Vollschaufler, der an einem tellergroßen, dunklen Fleck auf der linken Keule kenntlich ist, handelte. Der Einschuß, — es muß ein sehr kleinkalibriges Geschoß gewesen sein — saß wie abgezirkelt hoch Blatt, und in den Ausschuß hätte man bequem beide Fäuste hineinstecken können.“

(Fortsetzung folgt.)

Handel und Wirtschaft.

Wirtschaft.

§ Über die Abhängigkeit der polnischen von der deutschen Mark schreibt „Przegląd Wieczorny“ — Wahres mit Falschem mengend — u. a. folgendes: „Die österreichische Währung ist mit Hilfe Englands fast Hochwährung geworden, und selbst der Sowjetrubel nimmt nach der Emission von Czerwoncy Merkmale der Stabilisierung an. Um die Danziger Währung bekümmert sich England und sucht ohne die geringste Rücksichtnahme auf Polen den Danziger Handel an sich zu reißen. Unser Hauptunglück ist es, daß unsere Mark an die deutsche gekettet ist. Obwohl der deutsche Papiergeldumlauf schon siebenmal größer ist als der polnische, so bleiben wir doch weiter infolge der verjährten (!) wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland von den Deutschen abhängig. Deutschland bleibt nicht nur weiter unser Hauptgläubiger, sondern auch unser Hauptabnehmer und dadurch unser Hauptschuldner. Wir müssen daher nicht nur unsere Währung ändern, sondern auch unseren Export nach anderen Ländern lenken und uns von der deutschen Abhängigkeit frei machen. (!) Wir haben die deutsche Mark durch unsere Abhängigkeit mehr gestützt, als die Deutschen selbst.“ — Es will uns scheinen, daß der „Przegl. Wiecz.“ früher die enge wirtschaftliche Verknüpfung Polens und Deutschlands bisweilen etwas vorurteilsfreier beurteilt hätte, als es hier geschieht. Selbstverständlich müssen für die polnische Industrie neue ausländische Absatzgebiete gesucht werden, wenn man es nicht vorzieht, vor allen Dingen zunächst einmal und möglichst schnell zu einem Wirtschaftsabkommen mit Sowjetrußland zu gelangen. Der Gedanke aber, Deutschland als Abnehmer der forst- und landwirtschaftlichen Produktion Polens und der Montanindustrie Ost-Oberschlesiens ausschalten zu wollen, ist so abwegig, daß er einer ernsthaften Kritik wohl kaum bedarf. Gerade die Ähnlichkeit des Schicksals der deutschen und der Polenmark sollte beide Länder veranlassen, sich möglichst bald über einen vernünftigen Handelsvertrag zu einigen. Wenn zwei Organismen (geographisch und wirtschaftlich) so innig zusammenhängen, wie Polen und Deutschland, kann naturgemäß der eine nicht gesund sein, wenn der andere schwer erkrankt ist. Beide Körper aber durch einen operativen Eingriff (wirtschaftlich) vollkommen voneinander ablösen und damit die Zirkulation ihrer Lebenssäfte zu unterbinden, hieße erst recht beide verdorren lassen. Wie wenig übrigens künstliche, von politischen Motiven diktierte Eingriffe praktisch nützen, dürfte doch zur Genüge die erst vor einem Jahre aufgehobene deutsche Ausfuhrsperre erwiesen haben.

§ Die diesjährige jugoslawische Hopfenernte wird auf 7500 Meterzentner geschätzt. Angebaut wurden 1540 Hektar Hopfen.

Von den Banken.

△ Die Bilanz der Polnischen Landesdarlehnskasse (P. K. K. P.) weist für den 10. Juli eine Zunahme des Banknotenumlaufs von 123,6 Milliarden auf, so daß dieser rund 3700 Milliarden beträgt. Die Staatsschuld stieg um 325⅓ Milliarden auf 3322 Milliarden Mark.

Generalversammlungen.

Mikowody T. A. Posen am 2. August d. Js., mittags 12 Uhr in der Bank Przemysłowców, ul. Sew. Mielżyńskiego. (Bilanz, Kapitalerhöhung.)

Welna Poznańska T. A. in Główna am 6. August d. Js., nachm. 5 Uhr, in der Bank Zjednoczenia, Aleje Marcinkowskiego 8. (Neuwahl. Kapitalerhöhung. Statutenänderung.)

Hurtownia Drukarska T. A. in Posen am 7. August d. Js., mittags 12 Uhr, im Lokal der Gesellschaft, Stary Rynek 4. (Bilanz, Kapitalerhöhung).

Garbarnia Parowa Z. Sawicki i S-ka. T. A. in Opalenica am 7. August d. Js., nachm. 5 Uhr, in der Bank Zjednoczenia, Aleje Marcinkowskiego 8. (Kapitalerhöhung, Neuwahl, Statutenänderung.)

Akwawit T. A. in Posen am 8. August d. Js., nachm. 1 Uhr in den Geschäftsräumen der Firma, ul. Cieszkowskiego 5. (Kapitalerhöhung. Statutenänderung.)

„Mlynotwórnia“ T. A. in Posen am 8. August d. Js. um 11½ Uhr vormittags in der Bank Związku Sp. Z., pl. Wolności 8. (Kapitalerhöhung auf 250 Mill.)

Fabrika Mebli i Obróbki Drzewa T. A. in Schwersenz am 8. August d. Js., 5½ Uhr nachm. in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Schwersenz. (Neuwahl, Statutenänderung, Kapitalerhöhung.)

Von den Aktiengesellschaften.

Poznańska Spółka Drzewna. Die Aktien dieser Gesellschaft sind lt. Monitor Polski vom 31. Juli d. Js. Nr. 171 zum Handel an der Warschauer Börse zugelassen. (Emission I.—VI.)

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 1. August 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Roggen, alt	340 000—370 000	Roggenmehl 70% (inkl. Säcke)	500 000—550 000
Wintergerste	190 000—200 000	Weizenkleie	155 000
Braugerste, alt	240 000—270 000	Roggenkleie	155 000
Hafer, alt	450 000—480 000		

Umsätze sehr gering. — Tendenz abwartend, wegen bevorstehenden Lieferungen aus der neuen Getreideernte.

Posener Viehmarkt vom 1. August 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht.

I. Rinder: I. Sorte 1 360 000—1 400 000 M. II. Sorte 1 260 000 bis 1 280 000 M., III. Sorte 1 000 000—1 100 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 1 400 000—1 460 000 M., II. Sorte 1 300 000—1 360000 M., III. Sorte 1 100 000—1 200 000 M.

II. Schafe: I. Sorte 1 300 000—1 340 000 M., II. Sorte 1 120 000 M.

III. Schweine: I. Sorte 2 300 000—2 400 000 M., II. Sorte 2 000 000—2 100 000 M., III. Sorte 1 800 000—1 900 000 M.

Der Auftrieb betrug: 38 Ochsen, 129 Bullen, 166 Kühe, 348 Kälber, 1165 Schweine, 238 Schafe. — Tendenz: sehr lebhaft.

Warschauer Vorbörse vom 1. August.

Deutsche Mark in Warschau	0,14
Dollar in Warschau	193 500
Englische Pfund in Warschau	892 000
Schweizer Franken in Warschau	34 770
Französischer Franken in Warschau	11 370

Warschauer Börse vom 31. Juli.

Devisen:

Belgien	9700—9400	Paris	11 750—11 450
Berlin und Danzig	0.16½—0.15	Prag	5 775
London	915 000—893 000	Schweiz	35 700—34 800
Neuyork	198 500—195 000	Wien	2.92½—2.75
Holland	78 900	Italien	8 700—8 500

Danziger Mittagskurse vom 1. August.

Die polnische Mark in Danzig	550
Der Dollar in Danzig	1 100 000

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	31. Juli	30. Juli
Bank Centralny I.—III. Em.	25 000	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em.	20 000—21 000	20 000
Bank Poznański I.—II. Em.	—,—	6500
Bank Przemysłowców I. Em. o. K.	20 000—22 000	20 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	60 000	60 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	20 000—22 000	18 000—22 000 —20 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	5800—6000	5800
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	2800—3000	2500
Bank Młynarzy	7500	5700—6500
Bank M. Stadthagen-Bydgoszcz I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	—,—	30 000
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	50 000	50 000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	20 000	20 000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	270 000-280 000	240 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	16 000—15 000	17 000—16 000
Centrala Rolników I.—IV. Em.	5800	5500
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	35 000	35 000
Cukrownia Zduny I.—II. Em.	900 000	—,—
Dębienko I.—II. Em.	—,—	45 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	40 000	37 000—39 000
Goplana I.—II. Em.	32 000	30 000
C. Hartwig I.—V. Em.	10 000	10 000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	4500—5000	4500
Hurtownia Skór I.—III. Em.	—,—	35 000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Bzr.	85 000	—,—
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	30 000	30 000
Iskra I.—III. Em.	42 000—48 000	42 000—40 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	650 000-600 000	650 000-620 000
Pneumatik o. Zukaufsr. u. o. Kup.	6500—7000	5500—6000
Orient I.—II. Em.	—,—	10 000
S. Pendowski I. Em.	—,—	25 000
Płótno I.—II. Em. (ohne Bezugsr.)	28 000	30 000—28 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	20 000	20 000
Patria I.—VIII. Em.	20 000—21 000	20 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em. (ohne Bezugsrecht)	70 000	70 000—69 000
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em. (exkl. Zukaufsrecht)	55 000—57 000	50 000
Spółka Stolarska I.—II. Em. (o. Bzr.)	45 000	—,—
Starogardzka Fabr. Mebli I. Em.	30 000	—,—
Tkanina I.—IV. Em.	55 000	50 000
Tri I.—III. Em.	50 000	—,—
„Unja“ (früher Bentzki) I. u. II. Em.	110 000-120 000	110 000-100 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. (ohne Kup.) 21 u. 22	70 000—80 000	50 000—60 000
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em. ohne Bezugsrecht	9000—10 000 —9500	9000—10 000

Tendenz: fest.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal (z. Zt. beurlaubt). Verantwortlich: für Politik: Dr. Martin Meister; für Stadt und Land i. V. Robert Styra; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil: Robert Styra; für den Anzeigenteil: i. V. B. Sikorski. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Ein neues polnisches Unternehmen in Poznań.

Unter der Firma „Tekstyl“ hat Herr Stanisław Jóźwiak ul. Kantaka 6 (Eckhaus ul. św. Marcina) eine Garn-Spinnerei eröffnet. Er kauft gewaschene und ungewaschene Schafwolle oder tauscht solche ein gegen Strickwolle oder fertige Ware. Als Spezialität führt Herr J. Teppich- und Sweater-Strickwolle. Ganz besonders wird auf die Spinnerei aufmerksam gemacht, die erstklassiges Garn herstellt.